

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Otto Karsten, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechkabine: Für Inserate Nr. 3265, für die Redaktion Nr. 3267. für den Verlag und die Druckerei Nr. 3263. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 18. bis 30. Juni 1.00 Mark, Abholer 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile brüchig 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Vereinskalender 30 Pfennig, die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile brüchig 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmarke = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Plazvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 139.

Magdeburg, Donnerstag den 18. Juni 1925.

36. Jahrgang

Staatlich konzessionierter Streifbruch.

Die Technische Nothilfe.

Was ist eine Fabrik, ganz gleich welcher Art, der die Arbeitskräfte fehlen? Ein Haufen Steine und altes Eisen, nicht mehr wert, als der Abbruchunternehmer dafür zu zahlen bereit ist, vorausgesetzt, daß er für den Abbruch Arbeitskräfte findet. Lebendiges Arbeiterblut muß in den Arbeitsräumen kreisen, wenn die darin aufgehäuften Materie Leben und Sinn haben soll. Entzieht einem Betriebe die Arbeitskräfte und er ist tot! Darum ist der Streik die schärfste Waffe der Arbeiter und darum reizt es immer wieder von neuem, zu überlegen, wie die Anwendungsmöglichkeiten dieser schärfsten Waffe gesteigert und nicht nur im Kampfe um die Gebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, sondern auch im Kampfe um die politische Macht.

Vor dem Kriege erregte die Idee des politischen Massenstreiks die Gemüter aufs heftigste und der Gläubigen waren es viele, die da meinten, ein Generalstreik könne mit einem Schläge die Machtverhältnisse umkrempeln. Die Nachkriegszeit hat der Arbeiterschaft reiche Erfahrungen gebracht. Wir wissen, daß ein allgemeiner Generalstreik eine zweischneidige Waffe ist, wir wissen, unter welchen Bedingungen er erfolgreich ist und wir wissen, wie verderblich er wirkt, wenn einzelne Gruppen der Arbeiter die Waffe zu politischen Zwecken mißbrauchen.

Die großartigste und zugleich erfolgreichste Anwendung des allgemeinen Streiks im politischen Kampfe zeigte die Lage des App-Buttjes. Diese Lage lehrten aber auch, daß der Kampfweg durch das Stilllegen aller Betriebe nur unvollkommen erreicht wird. Die lebenswichtigen Betriebe, Eisenbahnen, Gaswerke, Elektrizitäts- und Wasserwerke vor allen Dingen, dürfen nicht ertötet, sondern müssen im Rahmen der Kampfziele weitergeführt werden, es müssen aber auch alle andern Betriebe in einem Stande erhalten werden, der die Wiederaufnahme der Arbeit zu jeder Stunde gestattet.

Es ist begreiflich, daß zu revolutionären Zeiten versucht wird, durch die Stilllegung gerade der lebenswichtigen Betriebe, politische Zwecke zu erreichen. Es liegt nahe, daß kleine Gruppen von Arbeitern, die sich und ihre Ziele für besonders radikal halten, danach trachten, unter den Arbeitern in lebenswichtigen Betrieben Anhang zu gewinnen und deren wirtschaftliche Macht in politische umzuwandeln. Die Kommunisten haben das in ihren Kämpfen gegen die Republik ausgiebig versucht. Die Folge war eine sofort einsetzende Gegenwirkung: die Technische Nothilfe entstand, ursprünglich gedacht als eine Abwehrorganisation gegen den Mißbrauch des Streikes im politischen Kampfe.

Einmal bestehende Organisationen haben aber ihre eignen Entwicklungsgehe. Die Technische Nothilfe ist heute kaum mehr etwas anderes als eine staatlich konzessionierte Streikbrecherorganisation. Wenn dieser Charakter nicht stärker in Erscheinung getreten ist, dann nur, weil in dem weiten Gebiet des preussischen Staates Innenminister Sebering seinen mächtigen Einfluß geltend machen konnte. Aber selbst in Preußen hat sich die Technische Nothilfe als Streikbrecherorganisation in rein wirtschaftlichen Kämpfen betätigen können, weil reaktionäre Verwaltungsbeamte sie eingesetzt haben. In ihrer vollen Befähigung wird sich die Technische Nothilfe erst zeigen, wenn einmal auch in Preußen eine schwarzweißrote Regierung das Regiment führt.

Das Urteil über die Technische Nothilfe steht fest, wie die Debatten im Haushaltsausschuß, auch im Plenum des Reichstags gezeigt haben. Sie ist eine private Organisation, die vom Staate gefördert und zum Teile finanziert wird, auf die die Staatsbehörden aber auch einen gewissen Einfluß haben. Der Etat des Ministeriums des Innern fordert für die Unterhaltung und die Durchführung dieser Einrichtung trotz der großen Finanznot des Reiches die „Kleinigkeit“ von 3 687 000 Mark. Im Namen der Sozialdemokratie forderte der Abgeordnete Schmidt (Köpenick) die Streichung dieser Summe. Der Vertreter des Zentrums Abgeordneter Erjing wollte zwar 3 Millionen Mark bewilligen, ging aber außerordentlich scharf mit der Nothilfe ins Gericht, die von seinem Fraktionskollegen Groß als eine „Schutztruppe des Arbeitgebers“ bezeichnet wurde. Erjing selbst wies an Hand von Beispielen nach, daß selbst da, wo die Arbeiter ausgebeutet wurden, die Technische Nothilfe eingriff. Dem Demokraten Kemmer gingen die Forderungen des Zentrums zu weit. Dieser Demokrat, der offenbar auch schon ins

Schlepptau seiner schwerindustriellen Fraktionskollegen gerät, wollte sich mit der Streichung von nur 100 000 Mark begnügen. Minister Schiele fühlte sich verpflichtet, den Arbeitern zu jagen, wie sehr sie sich bessern müßten, ehe die Technische Nothilfe abgeschafft werden könne. Selbstverständlich fand der Minister nur Worte gegen die für die Wirtschaft so außerordentlich „gefährlichen“ Streife der Arbeiter. Der vom Zentrum eingebrachte Vorschlag, einen parlamentarischen Beirat zu schaffen, der die Tätigkeit der Technischen Nothilfe und deren Abbau kontrollieren soll, wurde vom Minister abgelehnt. Auch Schmidt (Köpenick) wandte sich gegen diesen Vorschlag des Zentrums, bezieht sich aber Stellungnahme zu dem Teile des Zentrumsantrags vor, der die Technische Nothilfe möglichst bald beiseitigen und an ihre Stelle andre Notstandsmaßnahmen setzen will. Der Zentrumsantrag wurde, soweit er sich auf den parlamentarischen Beirat bezieht, abgelehnt. Dagegen fand ein deutschnationaler Antrag Annahme, der diesen Beirat nur zur Durchprüfung der Grundzüge für den Einzug der Nothilfe einberufen will. Im übrigen wurde gemäß des Zentrumsantrags der Etat auf 3 Millionen Mark gekürzt.

Die Gewerkschaften, und zwar die aller Richtungen, mit Ausnahme der Selben haben sich gegen die Technische Nothilfe gewandt. Wir glauben, die Gewerkschaften täten gut, sich selbst eine fest gegliederte Organisation zu schaffen und um ihre Anerkennung zu kämpfen. Die Technische Nothilfe wird auch nach der Entziehung der staatlichen Unterstützung weiterzubestehen versuchen und dann erst recht Streikbrecherdienste verrichten. Das Bestehen einer gewerkschaftlichen Organisation, die Gewähr bietet, daß in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen die Interessen der Allgemeinheit gewahrt bleiben, würde den Streikbrecherverbänden zum Teil das Betätigungsfeld entziehen und zum andern sie des Gewandes der „Gemeinnützigkeit“ entkleiden.

Niederlage der Brotverteurer.

Die Beratungen im Reichswirtschaftsrat über die Frage der Getreidezölle sind abgeschlossen. Heute liegt der ausführliche Bericht des am sechs vom Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung delegierte Mitglieder verstärkten Zolltarifausschusses vor.

Die Getreidezollvorlage der Regierung ist zum Angelpunkt der sogenannten kleinen Zollvorlage geworden. Die Reichsregierung hat sich dem Druck der agrarischen Interessenten gefügt und hat den Getreidezoll in die kleine Zollvorlage hineingearbeitet. Damit erhielt diese Vorlage, die als handelspolitisches Instrument zur Herbeiführung langfristiger Handelsverträge gedacht war und deren Kompensationszölle eine Waffe in der Hand der Unterhändler sein sollten, ein völlig verändertes Gesicht. Sie wurde in der Frage der Agrarzölle zu einem grundsätzlichen Bekennnis zum Schutzoll. Die Regierung hat es bisher vermieden, eine grundsätzliche Erklärung über ihre handelspolitische Zielsetzung abzugeben. Indem sie gebundene Getreidezölle in die kleine Zollvorlage hineinarbeitete, hat sie erkennen lassen, daß sie zum mindesten in der Frage der Getreidezölle grundsätzlich am Schutzollsystem festhalten will.

Der Reichswirtschaftsrat ist der Regierung auf diesem Wege nicht gefolgt. Er hat nachdrücklich die Einführung von Getreidemindestzöllen abgelehnt. Die Regierung hat demnach im Reichswirtschaftsrat eine grundsätzliche Niederlage erlitten.

Der Bericht des Zollausschusses des Reichswirtschaftsrats ist aber auch nach einer andern Richtung hin von großer Bedeutung. Es war nicht möglich, in diesem Ausschuß eine gutachtliche Mehrheitsmeinung zu erzielen, nicht nur nicht über die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen und anzuwendenden handelspolitischen Mittel, sondern auch nicht über die wirtschaftlichen Grundtatsachen, von denen jede handelspolitische Erwägung ausgehen muß. Nicht einmal über Tatsachen, die beim Vorhandensein genauer Statistiken rechnerisch einwandfrei festzustellen sein müßten, konnte eine übereinstimmende Meinung der Gutachter erzielt werden!

Diese Tatsache läßt erkennen, wie wenig spruchreif diese Fragen heute noch sind. Sie läßt aber auch erkennen, wie viel vermäumt worden ist! Die Reichsministerien haben für die wissenschaftliche Klärung der tatsächlichen Unterlagen für die künftige deutsche Handelspolitik nichts getan. Sie haben unter dem Druck der Interessenten in gewissem Sinne diese

Klärung sogar sabotiert, obgleich die Wissenschaft sich seit langer Zeit mit diesem Problem beschäftigt hat.

Trotz dieser Sachlage will die Regierung nach einem zeitlich festbestimmten Plane die Zollvorlage bis zum 18. Juli im Reichstag durchgepeitscht haben. In einem Augenblick, wo Deutschland seine Handelspolitik auf Jahrzehnte hinaus neu fundieren muß, will die Regierung ohne Klärung der wirtschaftlichen Tatsachen im Gegensatz zur obersten begutachtenden wirtschaftlichen Institution diese Neufundierung nach den Gesichtspunkten eines eng umschriebenen Interessentenkreises vornehmen.

Seze gegen Stresemann.

Die Demagogie der Deutschnationalen, die in der Reichsregierung maßgebenden Einfluß haben und trotzdem ihre Agitatoren im Lande gegen die Reichsregierung Sturm laufen lassen, steigt ins Ungeheuerliche. In dem in Bremen erscheinenden „Deutschen Ratgeber“ veröffentlicht ein Deutschnationaler Walter Kropf einen Artikel gegen den Außenminister Stresemann, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Diesem Minister brennen nicht die Wangen vor Scham beim bloßen Gedanken, ein deutsches Land wie Elßaß-Lothringen für immer dem Feinde ausgeliefert zu haben und kein Butschrei durchbraut die Lande und bläst diesem Frecht sein Fläckchen aus. Wie lange muß Deutschland diesen eiteln, unfähigen Schwächer noch dulden, der nur in einem Punkte, in der Klebfamkeit mit der er an seinem Posten festhält, ein Meise ist? Wie lange darf dieser Klaffter des Flaschenbiers noch in der Politik herumspuckeln, der ein wahres Vorbild des wegen seiner hervorragenden Intelligenz berühmten Bierfüßlers ist, der nichts kann als „Ja“ zu allem sagen, auch zu den erbärmlichsten Prügelein und froh ist, wenn er zum Lohne dafür nur Dinsteln zu fressen bekommt. Bevor dieser Stümper nicht unschädlich gemacht ist, können wir vergebens auf den „Silberstreifen“ am politischen Horizont warten.

Diese Art Geschreibsel läßt ahnen, wie sich die Deutschnationalen ihr Doppelspiel — hegen, um die unzufriedenen Massen an sich zu fesseln und gleichzeitig durch alle möglichen Kompromisse sich Macht und Nutzen (Zölle) zu verschaffen — in Zukunft vorstellen. Den Sicherheitspakt werden sie genau so unterstützen wie die andern Vertreter des Bürgerturns in der Reichsregierung, die Entwaffnungsnote werden sie mit dem Versprechen, zu gehorchen, entgegenzunehmen; denn sonst könnte es passieren, daß sie aus der Regierung müßten und ihre schönen Zölle davonsflögen. Aber einen Sündenbock brauchen sie. Unverantwortliche Elemente, die man — nach bewährtem Rezept — jederzeit abhüteln kann, müssen die Aufmerksamkeit auf diesen hin- und von den eigentlichen Sündern ablenken. Stresemann selber aber muß nun die Suppe auslöffeln, die er sich selbst einbrockte; denn er konnte nicht genug tun, um die Leute, die ihn jetzt mit regelrechter Mordhege bedrohen, in die Reichsregierung hineinzubringen.

Bests Dank an die Sozialdemokratie.

Der aus der deutschnationalen Fraktion wegen seiner Aufwertungsfeindlichkeit, und weil er noch ein Gewissen hat, herausgedrängte Abgeordnete Dr. Best hat der sozialdemokratischen Fraktion, die ihm einen Sitz im Aufwertungs Ausschuß sicherte, nun, da ihn die Deutschnationalen in diesen Ausschuß delegieren konnten, ein Dankschreiben übersandt. Darin erklärt er u. a.:

Es ist mir ein Bedürfnis, der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt meinen wärmsten Dank dafür auszusprechen, daß sie mir Gelegenheit geboten hat, meinen Standpunkt in der Aufwertungsfrage zu vertreten. Dieser Dank wird dadurch nicht gemindert, daß mein Wirken bisher an dem geschlossenen Widerstand der Gegner einer gerechten Aufwertung scheiterte. Die Handlungsweise der Fraktion ist um so höher zu stellen, als sie meines Wissens des Vorbildes entbehrt, die Hilfe einem politisch Andersdenkenden zuteil und ihm gestattet wurde, abweichend von der Fraktion Ausführungen zu machen und Anträge zu stellen.

Best stellt der Fraktion anheim, von dieser Erklärung beliebig Gebrauch zu machen. Die deutschnationalen Aufwertungs betrüger werden Best nach diesem Briefe erst recht als verkappten Sozialdemokraten hinzustellen versuchen, wie sie es schon in den letzten Tagen machten, um abzuschwächen.

Der gab kein Gold für Eisen.

Der deutschnationale Pfarrer Hedenroth in Altentkirchen im Westertal gab kein Gold für Eisen, als er es in Deutschlands tiefster Kriegsnot von den andern forderte. Pfarrer Hedenroth schätzte das Gold vielmehr in heimlichen Verstecken auf — 3000 Goldmark — und er würde heute noch, wie so viele Gleichgesinnte, als Musterpatriot gelten, wenn ihm nicht, wie wir vor kurzem berichteten, diese 3000 Goldmark von einem sicher jedes patriotischen Gefühls baren Diebe gestohlen worden wären. Dadurch erfuhr die Deffentlichkeit, welchen Schatz der Pfarrer Hedenroth die ganze Kriegszeit hindurch, dann durch die Inflation, wo er täglich mehr Kaufwert bekam, treu gehütet hat.

Das war schmerzlich und peinlich zugleich. Und plötzlich will Hedenroth von seinem Schatz nichts mehr wissen. Er bestreitet ganz entschieden, der Eigentümer des Geldes zu sein, vorerst vor Gericht, als auch in der Altentkirchener Presse; er hat das Geld von einem Bekannten aus dem besten Gebiet zur Aufbewahrung bekommen. Jedenfalls ist das Geld weg; den Dieb kennt man, ein Würschchen von 15 Jahren, von dem Gelde fehlt jede Spur.

Von einem Pfarrer, der Goldschätze sammelt, während er andre auffordert, solche auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern, rücken die meisten Menschen gern etwas ab. Auch dann noch, wenn er sie für einen Bekannten sammelt, der hoffentlich nicht der berühmte große Unbekannte ist, der vor Gericht meist eine Rolle spielt. Es ist daher verständlich, daß das katholische Pfarramt Altentkirchen der Deffentlichkeit bekanntgibt, daß Hedenroth evangelischer Pfarrer ist. Das mindert zwar nicht seine Schuld, reinigt aber das katholische Pfarramt von dem Verdacht der Amtsbruderschaft mit dem deutschnationalen Goldhaufler. —

Sakentreu- und Sowjettern-Regierung?

Solange die Sozialdemokraten in der Weimarer Koalition saßen, war es für die Kommunisten ein ausgemachter Arbeiterberrat. Eine schwarzrotgoldene Regierung war viel schlimmer als eine schwarzweißrote. Darum verbündeten sich die Kommunisten in Preußen und im Reich mit den Deutschnationalen und waren nicht davon abzuhängen, daß es im Interesse der Arbeiterklasse liege, wenn an die Stelle von Sebering ein schwarzweißroter General trete. Ganz haben sie ihr Ziel in Preußen nicht erreicht. Aber im Reich, da haben sie es geschafft und ganz stolz waren sie, daß Hindenburg doch nur dank ihrer Hilfe den Präsidentenstuhl besteigen konnte.

In Moskau wurde man aber doch bedenklich, als die Arbeiter in hellen Scharen der kommunistischen Partei wegen dieser glorreichen Taktik davonliefen. Was kann eine einzige Partei der russischen Außenpolitik nützen!

Also wurden wieder einmal die Parolen geändert. Jetzt ist auf einmal die monarchistische Gefahr riesengroß. Und was fordern die Kommunisten, um sie zu bekämpfen? Die Sozialdemokraten müssen schlemmiger in die Regierung eintreten und die Kommunisten sind bereit, nicht mehr mit den Deutschnationalen sich im Regierungstürzen zu üben. Vor 8 Tagen (es können auch schon 14 sein) kam die neue Parole heraus und die Hunde von Sozialdemokraten sind immer noch nicht in der Regierung! Gibt es einen bessern Beweis für ihren Verrat? Die „Note Fahne“, stellt entrüstet fest:

Wir haben in der Presse sowohl wie von der Tribüne des Reichstags herab wiederholt betont, daß wir jederzeit bereit sind, eine Regierung der sogenannten Weimarer Verfassungskonvention, wenn auch nicht zu unterstützen, so aber doch durch Duldung zu ermöglichen. Diese Angebote hat aber die Sozialdemokratie bisher stets abgelehnt.

„Ich wollte nur, die Sozialdemokraten wären jetzt in der Regierung.“ sagte der Deutschnationale Hergt in Götting. Die Kommunisten meinen auch, es wäre die verdammte Pflicht der Sozialdemokraten, die Suppe auszulöffeln, die sich die „nationalen“ Parteien mit ihrer Hindenburgerei eingebrockt haben. Und warum sollen die Sozialdemokraten auf einmal verpflichtet sein, Koalitionsregierungen zu bilden. Die „Note Fahne“ jagt es:

Die Duldung einer schwarzrotgoldenen Regierung heißt nicht die Duldung dieser Regierung. Und den Sozialdemokraten jagen wir, zugleich mit unserm Angebot: Wir werden nicht müde werden, ihnen Verrat an der deutschen Arbeiterklasse anzuprangern. Wir werden es keinen Moment unterlassen, den Nachweis zu erbringen, daß sie die Schildhalter der Großbourgeoisie sind.

Erst verhehlen die Kommunisten einem Hindenburg zur Macht, und dann verlangen sie, daß eine schwarzrotgoldene Regierung diesen Hindenburg „gegen die monarchistische Gefahr“ einsetze! Es geht nichts über kommunistische Logik!

Wie wäre es nun aber, wenn die Kommunisten verdrühten, mit ihren Freunden von rechts oder auch mit Demokraten und Zentrum eine Regierung zu bilden? Die Sozialdemokraten sind gewiß bereit, eine solche Regierung, „wenn auch nicht zu unterstützen, so aber doch durch Duldung zu ermöglichen“. Was den Sozialdemokraten recht ist, ist den Kommunisten billig. —

Milde Richter.

Noch nie haben wir die deutsche Justiz von einer so liebenswürdigen Seite kennengelernt wie am Dienstag in Ouedlingurg. Schon die Umgebung stimmt freundlich, im Schatten der Marktkirche liegt am Kornmarkt, im Herzen des alten Städtchens, ein prächtiges, palastartiges Gebäude, ehemals gewiß ein Patrizierhaus, in wuchtigen Barockformen im Jahre 1737 aus grauem Sandstein erbaut. Ueber eine dunkle geschwungene Treppe gelangt man durch ein Vorzimmer in den Sitzungssaal, der mäßig groß ist, nicht öde, wie in den meisten Gerichtsgebäuden, sondern wohlhellig und mit Stuckaturen an den Wänden und der Decke prächtig geschmückt. Man braucht in diesem Zimmer keine Stentorstimme zu markieren: im Ton einer geselligen Unterhaltung widelt sich die ganze Verhandlung ab.

Man sollte diese Einflüsse des Raumes und der Gesamtarchitektur auf die Menschen nicht außer acht lassen: in den Sälen unserer Magdeburger Justizpaläste müssen die Richter ganz von selber mürrisch und reizbar werden. Aber die in Ouedlingurg waren es keineswegs, wenigstens die nicht, die den Fall Fahrenhorst zu behandeln hatten. Dieser Herr, Karl mit Vornamen, in Berlin im Jahre 1882 geboren, aber schon ein bißchen grau meliert, hatte sich zu verantworten, weil er in einer politischen Versammlung als deutschbaltischer Bezirkssekretär am 1. Dezember 1924 den Ouedlingurgern zugerufen hatte:

Arbeiter! Schart euch zusammen unter dem schwarzweißroten Banner mit dem Sakentreu und reißt ihn herunter, den Lappen der Republik: schwarzrotmostrich!

Wir, die Männer um Adolf Hitler und Ludendorff, führen euch zur Freiheit; wir wollen die nationalsozialistische Revolution!

Von dem Vorsitzenden, Amtsrichter Gerdung, in gutem Ton aufgefordert, den Hergang zu erzählen, klagte der Herr Bezirkssekretär in beweglichen Tönen über den Empfang, den man ihm damals bereitet habe: „Muthund!“ hätten die Reichsbannerleute grollen, „Wo hast denn Du im Kriege gesteckt?“, und sein Schwarzweißrot, sein teures Schwarzweißrot, das doch die Reichskriegsflagge und die Handelsmarineflagge führe, hätten die Unmenschen mit „Mörderfahne“ bezeichnet. Ob er die Farben der Republik mit „Schwarzrotmostrich“ bezeichnet habe, wisse er nicht mehr genau, möglich sei es aber, denn man habe ihn aufs schärfste proboziert.

Garnlose Leute im Publikum dachten in ihrem Laienverstand: jetzt werden die Zeugen aufgerufen, um den Hergang, der doch offenbar einseitig geschildert worden ist, klarzustellen, denn schließlich kann doch nur ein Urteil gefällt werden, wenn der Sachverhalt einwandfrei festgestellt ist. Zudem kennt man längst die deutschbaltischen, die geradezu an Verfolgungswahn leiden und sich beständig, auch wenn sie ein Glas Bier zum Munde führen oder eine Stinkdohre anbrecken, von den niederrächigsten Schurken vom Reichsbanner bedroht werden.

Aber die harmlosen Leute im Publikum, die also dachten, hatten sich geirrt. Das sogenannte „Zeugenverhör“ beschränkte sich auf die Feststellung des Wortlauts der strafbaren Äußerung, die der Angeklagte selber nicht in Abrede stellte. Der zweite Zeuge, Altdorf, wurde überhaupt nicht vernommen. Aber er sowohl wie Kallmeier, der verurteilt wurde, hätten ein wesentlich anderes Bild von jener Versammlung geben können, als der deutschbaltische Agitator. Sie hätten nämlich unter Eid ausgesagt, daß die probozierenden Äußerungen, die Fahrenhorst gehört haben will, nur in seiner Phantasie existieren, daß man ihn vielmehr ruhig reden ließ und erst, als er anfing, in der üblichen zeitlichen Art die Republik mit Schwanz zu bewetzen, Zwischenrufe gemacht habe. Das Reichsbanner kann schon deswegen nicht zahlreich bezirzeln gewesen sein, weil die Parole ausgegeben war, die deutschbaltische Versammlung überhaupt nicht zu besuchen.

Aber das ist die Herren vom Gericht alles nicht zu interessieren. Der Staatsanwalt Gerdber ist jenseitig davon überzeugt, daß Fahrenhorst in der Erregung die Reichsfahne beschimpft habe, janzagen in der Abwehr. Er erinnerte an den Erlaß des Ministers Sebering über den Flaggenfreizit, der Duldung ver-

langte und bittet, an Stelle der durch das Gesetz zum Schutze der Republik vorgesehenen Gefängnisstrafe von 1 Monat eine entsprechende Geldstrafe treten zu lassen. Die Milde des Staatsanwalts, die beinahe den Fürsprecher für den Angeklagten überflüssig machte, schien unserm teutschen Kampfen den Rücken zu steifen: das Schlusswort, das ihm vom Vorsitzenden erteilt wurde, war nichts andres als eine drohende Wiederholung jener Beschimpfung, auf die hin er vor den Richter gefordert worden war. Und nun vollzog sich das liebliche Schauspiel, daß dieser böstliche Burche mit knalltötem Kopf ins Lokal schrie: „Ich werde auch in Zukunft die Fahne des Reichsbanners schwarzrotmostrich beschimpfen!“ Die Herren vom Gericht in ihrer großen Güte sahen dabei und wörteten ihn nicht. Der eine Schöffe aber, der zufälligerweise Vorsitzender des Ouedlingurger Stahthelms ist, wird in seinem stählernen Innern gebacht haben: Recht hat! — was sich ja nun freilich nicht erweisen läßt. Auch Stahthelmegebanen sind zollfrei.

Und die drei Männer, als sie wieder zum Vorschein kamen, hatten folgendes Urteil gefunden: Der Angeklagte hat die Farben der Republik öffentlich beschimpft — nicht auf die Fahne kommt es an, die als die des Reichsbanners ausgegeben werden könnte, sondern auf die Farben, die die Reichsflagge sind. Wir haben es leider erleben müssen, daß der Wahlkampf durch persönliche Beleidigungen und häßliche Zwischenrufe seines Ernstes und seiner Würde entkleidet wird — und zwar von beiden Seiten! Zum Schutze der guten Sitten auch in der politischen Betätigung wurde demnach auf eine Geldstrafe von 300 Mark und die Gerichtskosten erkannt an Stelle einer Gefängnisstrafe von 1 Monat. Strafmildernd wirkt erstens die Erregung des Angeklagten in einer tumultuarischen Versammlung und zweitens der Umstand, daß er noch nicht bestraft ist.

Also sprach nach knappen drei Viertelstunden Verhandlungsdauer der Vorsitzende. Gegen dieses christliche Urteil läßt sich so ziemlich alles einwenden: Fahrenhorst war keineswegs proboziert worden, sondern hatte seinerseits proboziert. Daß er „nicht bestraft“ sei, leugnet er selber, denn er brühtete sich in jener Versammlung vom 1. Dezember damit, daß er wegen seiner Lieberzeugung schon wiederholt vor Gericht gestanden und in der Untersuchungshaft seine Wärrer vom Sakentreu befehrt habe. Und schließlich lautet der vom Staatsanwalt angelegene § 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik, Absatz 2, wörtlich:

Mit Gefängnis bis zu 5 Jahren, neben dem auf Geldstrafe bis zu 1 Million Mark erkannt werden kann, wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung die Reichs- oder Landesfarben beschimpft.

Auch hier läßt uns der Laienverstand im Stiche. „Neben dem Gefängnis“ kann doch wohl nicht gleichbedeutend sein mit „statt des Gefängnisses“. Gaben die Herren vom Gericht ihre eigene Logik? Und weiter: gehen sie immer so taktvoll und zartfühlend über die Tatbestände hinweg wie in diesem Sakentreu-Falle? Wenn es sich um Republikaner handelt, die in der Hitze des Kampfes sich vergessen, hagelt es Gefängnisstrafen.

Die beste Methode.

Dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller wurde aus Gleiwitz mitgeteilt, daß der frühere baltische Reichstagsabgeordnete Herr v. Seydebreck ihn in einer „Weißerode“ einer militärischen Organisation wegen Unterzeichnung des Versailler Vertrags beschimpft hatte. Hermann Müller hat es abgelehnt, den baltischen Schwadronneur zu verlagen und geantwortet: „Von Ihrer Mitteilung betr. die Beschimpfung, die sich der frühere Abgeordnete Hans Adam v. Seydebreck bei der Fahnenweihe der „Maschinengewehr-Kompanie der Jägerchar Seydebreck“ am 17. Mai d. J. im „Konzertsaal“ in Weutken i. O.-S. geleistet hat, habe ich lediglich Kenntnis genommen. Herr v. Seydebreck hat in seiner „Weißerode“ nach den Angaben von zwei Zeugen gesagt:

Wir Baltischen, wir werden nicht eher ruhen, bis die Lumpen, die uns Oberbeschleien geraubt haben, und bis die Lumpen, die den Versailler Vertrag unterschrieben haben, zur Menschenschaft gezogen werden!

Es hat keinen Zweck, ihn deshalb zu verklagen. Wenn Herr v. Seydebreck mich in der oben wiedergegebenen Weise beschimpft, weil ich nach Beschluß der vom deutschen Volke gewählten, verfassunggebenden Nationalversammlung den Versailler Vertrag unterschrieben habe, so beweist er dadurch, daß er geistig unterwertig ist. Würde ich Herrn v. Seydebreck verklagen, so müßte ich befürchten, daß er auf § 51 des Strafgesetzbuchs wegen vermindelter Zurechnungsfähigkeit eine Freisprechung erzielen würde.“

Nach den Erfahrungen, die linksorientierte Politiker mit den Gerichten gemacht haben, dürfte die Art, die Hermann Müller gegen den Baltischen Seydebreck anwendet, wirkungsvoller sein als eine Klage. Die beste Abwehr ist bekanntlich immer noch der Sieb. Was wird Seydebreck dazu sagen? —

Kleines Feuilleton.

Die Reformation.

Aus Bruno Hageles „Es lebe der Krieg“ erschienen im Verlag „Die Waise“ in Leipzig.

Einmal schrieb mir folgendes Feldpostbrief:

Mein Lieber!

Ich weiß, Du jäharrst für jäharrige Ereignisse. Darum will ich Dir die Geschichte von der Reformation erzählen.

Erstmal in jenen beiden Nächten peinigten Divisionsbesuche das Regiment zum Sitzen.

Zweimal jäharr der Angriff im feindlichen Gener.

Am 14. November war das Regiment in die vorderste Linie gekommen. Mit 304 Mann das 3. Bataillon.

Am 7. Dezember, abends um 9 Uhr, jäharrte das Regiment zum Sitzen. Mit 283 Mann das 3. Bataillon.

Jäharr gegen 16 Uhr war der jäharrige Angriff dieser Nacht gescheitert. Das 3. Bataillon zählte 191 Mann.

Langsam verließ der Tag, unendlich langsam.

In der Abenddämmerung jäharr Landwehrmann Rönck von der 11. Kompanie.

Die Kommandanten hatten ihn nicht zurückschaffen können, denn wenn man, ganz leicht nur, ihn berührte, jäharr er auf in irrsinniger Qual, wie ein Schwein, wenn es angepöden wird.

Denn ich weiß, was ihn ruhig im Graben liegen, und er hatte keine Schmerzen.

Unter jenem Kopfe wuchs im Vergehen der Stunden ein Wundgeschwür.

Er erzählte:

Es war jäharrzeit bei Verdun.

Winter und immer wieder hatten sie uns jäharrgejagt.

Winter und immer wieder.

Die Wundgeschwüre waren nur noch wie ein jäharriges, jäharriges Leiden.

Jäharr, wenn die Sonne aufging, waren wieder viele, viele Wundgeschwüre.

Ganz einfach.

In einem Morgen stand vor unsrer Stellung ein großes Kreuz, daran war die Leibe eines deutschen Soldaten genagelt.

Einmal Tag hindurch ragte das Kreuz vor Verdun.

Zwischen Blut und Sonnenlicht.

Keiner, der es sah, wird es je vergessen.

In der Nacht mußten wir es mit Handgranaten umlegen.

Es haben nie erfahren, wer von den Kameraden es getan hat.

Dann jäharr der Landsturmmann Rönck eine Weile. Und begann von neuem: „Es war jäharrzeit bei Verdun. Winter und immer wieder.“

Es er in der Abenddämmerung jäharr.

Ein Divisionsbefehl wurde zu Beginn der Nacht verlesen: ...

Zeigheit und Pflichtvergessenheit dulde ich nicht! Das Regiment greift 9 Uhr 40 Minuten an! Die feindliche Stellung muß genommen werden!

Der Regimentskommandeur meinte: „Der Divisioner jäharrt seinen Appetit auf den Kontrément gar nicht mehr beherrschten zu können.“

Um 1/2 12 Uhr jäharrten wir noch einmal.

Es wurde sehr jäharr, war aber 10 Minuten vor 12 schon vorbei.

Nach dem Ende der Nacht kamen der Regiments- und die Bataillonsführer vom Divisionskommandeur zurück.

Während des Tages ging eine Feindschaft von Hand zu Hand, durchs ganze Bataillon. Es waren noch 23 Mann.

Einige Stellen darin waren mit Kugeln unterstrichen. Dabei stand geschrieben:

Diese Stellen übersehete in der vergangenen Nacht im Divisionsunterstand drei französische Weibern der Divisionspfarrer.

Sie tranken alle miteinander Wein und Likör, und die französischen Weibern jäharrten: „Vive la guerre!“ Der Divisionskommandeur und sein Stab lachten dazu. Der Divisionspfarrer jäharrte mir auf meine Bitte dieses Heft. Mein Bataillon jäharrte in dieser Nacht jäharrmal unter entsetzlichen Verlusten. R. R. Hauptmann und Bataillonskommandeur.“

Die unterstrichenen Stellen:

Das Wundschwür und Heulen über den Winter und das Elend des Krieges kann ich schon lange nicht mehr hören. Der Krieg ist nicht Deutschlands Unglück, sondern Deutschlands Glück. Gott sei Dank, daß wir den Krieg haben; er allein kann unser Volk noch retten, wenn es überhaupt noch möglich ist, wie wir zuberstehen hoffen. Er ist das große Operationsmesser, mit dem der große Arzt der Völker die furchtbaren, alles vergiftenden Eiterbeulen aufschneidet. Und Gott sei Dank, daß wir noch keinen Frieden haben. Die Wunden würden sich zu bald wieder schließen, und das Uebel würde ärger werden denn zuvor.“

Dies hatte geschrieben ein Pastor in der orthodoxen kirchlichen Wochenchrift „Die Reformation“.

„Die Reformation“ ging von Hand zu Hand durch das ganze Bataillon. Es waren noch 23 Mann.

Abends wurde das Regiment herausgezogen; 19 Mann stark ging das Bataillon in Ruhestellung.

Vorn Divisionsunterstand wurde haltgemacht. Der Bataillonsführer stieg hinunter, zu melden.

Ein Posten stand vor der Mündung der langen Ofenröhre, durch die das Schützengrabensystem dort unten wühlige Wärme blies, vermischt mit Walzergeruch eines Grammophons.

Der Posten jagte: „46 Stufen ist das Ding tief. Da geht keine durch. Wein und Schnaps haben sie unten und Hurten, Französisch.“

Sogar ich und ich tun sie unten, und die Wundgeschwüre müssen sich rauffressen. Und unterjäharr dagegen — — —

Ein vom Bataillon sagte: „Feigheit und Pflichtvergessenheit dulde ich nicht!“ Der Hauptmann kam wieder: „Gente haben sie viere unten.“ Eine Stimme: „Der Krieg ist das gewaltige Operationsmesser. Eiterbeulen aufschneiden!“ Eine andre: „Sie haben nie erfahren, wer von den Kameraden es getan hat.“

Wie jäharrnd purzelten die Handgranaten des 3. Bataillons durch das Ofenrohr hinab. Zuerst hörte man noch etliche späte Schreie, und der Grammophonchor sang: „Ja, das haben die Mädchen so gerne —“ Dann war nur noch das dumpfe Grollen der röhrenden Detonationen. Zwischen Achseln, Hüften und Knie, 46 Stufen unter der Erde.

Erbitte frohlockte: „Reformationsfest!“ Man vermute die übrigen Selbstentzündung von Stielhandgranaten. Sie haben nie erfahren, wer von den Kameraden es getan hat. —

retten, wenn es überhaupt noch möglich ist, wie wir zuberstehen hoffen. Er ist das große Operationsmesser, mit dem der große Arzt der Völker die furchtbaren, alles vergiftenden Eiterbeulen aufschneidet. Und Gott sei Dank, daß wir noch keinen Frieden haben. Die Wunden würden sich zu bald wieder schließen, und das Uebel würde ärger werden denn zuvor.“

Dies hatte geschrieben ein Pastor in der orthodoxen kirchlichen Wochenchrift „Die Reformation“.

„Die Reformation“ ging von Hand zu Hand durch das ganze Bataillon. Es waren noch 23 Mann.

Abends wurde das Regiment herausgezogen; 19 Mann stark ging das Bataillon in Ruhestellung.

Vorn Divisionsunterstand wurde haltgemacht. Der Bataillonsführer stieg hinunter, zu melden.

Ein Posten stand vor der Mündung der langen Ofenröhre, durch die das Schützengrabensystem dort unten wühlige Wärme blies, vermischt mit Walzergeruch eines Grammophons.

Der Posten jagte: „46 Stufen ist das Ding tief. Da geht keine durch. Wein und Schnaps haben sie unten und Hurten, Französisch.“

Sogar ich und ich tun sie unten, und die Wundgeschwüre müssen sich rauffressen.

Und unterjäharr dagegen — — —

Ein vom Bataillon sagte: „Feigheit und Pflichtvergessenheit dulde ich nicht!“

Der Hauptmann kam wieder: „Gente haben sie viere unten.“

Eine Stimme: „Der Krieg ist das gewaltige Operationsmesser. Eiterbeulen aufschneiden!“

Eine andre: „Sie haben nie erfahren, wer von den Kameraden es getan hat.“

Wie jäharrnd purzelten die Handgranaten des 3. Bataillons durch das Ofenrohr hinab. Zuerst hörte man noch etliche späte Schreie, und der Grammophonchor sang: „Ja, das haben die Mädchen so gerne —“

Dann war nur noch das dumpfe Grollen der röhrenden Detonationen. Zwischen Achseln, Hüften und Knie, 46 Stufen unter der Erde.

Erbitte frohlockte: „Reformationsfest!“

Man vermute die übrigen Selbstentzündung von Stielhandgranaten. Sie haben nie erfahren, wer von den Kameraden es getan hat. —

Antwort der betrogenen Buchdrucker

Das Magdeburger Kommunistenblättchen macht in künftiger Aufregung, um sich über die Sauregurkenzeit hinwegzuhelfen. Sie fordert in einem fort, daß die „Volksstimme“ eine Verächtigung der „Reubag“ (kommunistische Zeitungsfabrik) veröffentlichen soll, die der „Volksstimme“ gar nicht zugegangen ist und die sie bei der Verlogenheit der kommunistischen Führung im allgemeinen auch im Zusammenhangfall kaum veröffentlichen würde. Denn die „Volksstimme“ ist nicht dazu da, an Arbeiterverübten Lohnbetrug verbunkeln zu helfen, auch nicht, wenn Kommunistenführer dabei schlecht wegkommen.

Worum handelt es sich? Wir entnahmen vor einigen Tagen dem Verbandsorgan der Buchdrucker die Mitteilung von dem Standal, daß die Buchdrucker in dem Konstanzer kommunistischen „Reubag“-Unternehmen ihren Wochenlohn vor dem Gewerbegericht einklagen mußten. Sie erreichten leider weiter nichts als eine Beschlagnahmeverfügung gegen die „Reubag“, auf die aber kein Väter eine Scheibe Brot borgt. Das berichteten wir von der Konstanzer „Reubag“-Filiale. Und siehe da, die Magdeburger fühlt sich getroffen und heult auf: „Bei uns in Magdeburg ist alles in bester Ordnung.“

Das ließ man sich schnell durch sein technisches Personal bestätigen und ließ eine Entschuldigungsunterschrift, die von lügnissem Bericht im „Korrespondent“ und in der „Volksstimme“ handelt. Nun war die „Volksstimme“ gefangen.

Aber wir veröffentlichten auch diese Entschuldigungsunterschrift und überließen die Verantwortung der Angelegenheit den zuständigen — da der Lohnbetrag in Konstanz passierte — besser als wir informierten Stellen: Gewerkschaft und betrogenen Arbeitern. Die Antwort der Buchdrucker von Konstanz liegt heute vor und wird den Leidtragenden in Magdeburg wenig Freude bereiten. Was wir vom Konstanzer „Reubag“-Standal geschrieben haben, wird Wort für Wort bestätigt und durch die Mitteilung ergänzt, daß die „Reubag“ schon hier mal zur Lohnzahlung verurteilt worden ist, aber noch keinen Pfennig Lohn ausgezahlt hat.

In der „Verächtigung“, die von der „Reubag“ losgelassen wurde, sagen die Konstanzer Buchdrucker:

Daraus ergibt sich meines Erachtens, daß Sie, Herr Ganske, einer der strapaziertesten Menschen sind, die je in der Arbeiterbewegung emporgestiegen sind. Denn ein Mensch mit fünf gesunden Sinnen hätte nie eine solche Verächtigung losgelassen, die nicht mehr wie in allen Punkten zusammengefallen ist. Ich habe Ihnen schon brieflich mitgeteilt, bevor ich diese Verächtigung las, daß Sie ein „Ehrenmann“ sind. Sie verstehen, daß ich mich heute nicht korrigieren kann.

Wenn die übrigen „Reubag“-Druckereien bisher keinerlei ernste Differenzen mit ihren Arbeitern und Angestellten hatten, dann lag das sicher nicht an den Herren Ganske und Sanger, die vermöge ihrer geistigen Struktur nur dazu befähigt sind, die brutalsten Seiten des von ihnen so heiß geliebten Kapitalismus gegen die Arbeiter anzuwenden.

Das Magdeburger Kommunistenblättchen wird mit dieser Antwort der Betrogenen noch nicht zufrieden sein. Darum fügen wir gleich noch die des Gewerkschaftsorgans der Buchdrucker, des „Korrespondent“ hinzu:

... Das Schlimmste an der Sache ist aber, daß die bis jetzt nun schon viermal zur Lohnzahlung herbeigekommene Firma noch keinen Pfennig gezahlt hat. Die durch Entlassung in Mitleidenschaft gezogenen Buchdrucker und Buchbinder sind seit sieben Wochen lediglich auf die Unterstützung ihrer Verbände angewiesen. Dabei steht die Rechtsgültigkeit des Kaufvertrags für die beteiligten Arbeiter und Angestellten außer jeder Diskussion, ebenso auch für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Es liegt nach sieben- oder achtmaligen Verhandlungen alles so sonnenklar, daß der Reinwaschungsversuch der „Reubag“-Direktion vergeblich sein wird. Wenn inzwischen die Konstanzer Angelegenheit ihre lokale Bedeutung verloren hat, so trägt daran nicht der „Korr.“ die Schuld, sondern jene famosen Arbeiterführer, die als Beauftragte eines kommunistischen Geschäftsunternehmens, „Reubag“ genannt, in Konstanz „wirkten“. Lediglich auf das Konstanzer Unternehmen bezogen sind die Feststellungen des Artikels in Nr. 45. Um so verwunderlicher war es, daß wir unmittelbar nach Erscheinen jenes Artikels von den Gesamtpersonal der „Reubag“-Filialen in Königsberg, Breslau, Magdeburg, Jena und Hagen, anscheinend befehlsgemäß und teilweise unter Berufung auf § 11 der Pressegesetzgebung des Reichstaates, mit sinngemäß gleichlautenden Resolutionen bombardiert wurden. Uebereinstimmend kommt darin zum Ausdruck, daß in den genannten Betrieben keinerlei Grund zu Beschwerden vorliegt, und das Vertrauen zur „Reubag“ unerschütterlich ist. Da das Gegenteil im „Korr.“ niemals behauptet worden ist, liegt auch für uns absolut kein Grund vor, die von einzelnen Belegschaften eingegangenen Resolutionen zum Abdruck zu bringen.

Wie derartige Resolutionen zustande kommen, dafür ist übrigens der einleitende Satz der Breslauer Entschließung bezeichnend: „Die Belegschaft der „Reubag“-Druckereifiliale Breslau stellt in einem Bericht des Geschäftsführers fest, daß der Bericht im „Korr.“ Nr. 45 vom 6. Juni 1925 betreffend „Reubag-Standal, voller Unrichtigkeiten ist.“ Leichtfertiger kann man kaum urteilen über die Vorfälle in Konstanz, durch die das Personal der dortigen „Reubag“-Filiale gerichtsunterstützt aufs schwerste geschädigt worden ist! Andererseits beweist diese Resolutionsfabrikation aber auch, wie „gearbeitet“ wird. Es zeigt sich wieder einmal, daß die Kommunisten, obgleich sie aus Prinzip alles in Grund und Boden kritisieren, selber am empfindlichsten gegen eine Kritik sind, auch dann, wenn diese — wie im Konstanzer Falle — durchaus berechtigt ist.

Die Leidtragenden in Magdeburg werden hoffentlich mit diesen Antworten zufriedengestellt sein. Nebenbei möchten wir allzu Vermögenden, die etwa, dem Räte des Magdeburger Kommunistenblattes folgend, mit Hundsbeytchen auf unserer Redaktion erscheinen sollten, raten, Gummihandschuhe mitzubringen oder einen Kursus in der Flieger Schule zu nehmen. Wir wohnen nämlich ziemlich hoch. —

Das Ergebnis der Marokkoreise.

Der französische Ministerpräsident Painlevé, der am Dienstag morgen von seiner Reise nach Marokko zurückgekehrt ist, hat sich von der Bahn sofort nach dem Elisee begeben, um dem dort versammelten Ministerrat Bericht über seine an der marokkanischen Front gesammelten Eindrücke sowie über die dort mit den militärischen Leitern getroffenen Vereinbarungen zu erstatten. Das über den Ministerrat ausgegebene Communiqué, das von nichtsagender Kürze ist, erwähnt gewisse Maßnahmen, um die Dauer und das Risiko der militärischen Operationen auf ein Minimum zu reduzieren, und daß von der französischen und der spanischen Marine Vorbereitungen zu einer gemeinsam ausgeübten Blockade des Rif's begonnen haben.

Painlevé erklärte weiter, daß er eine öffentliche Debatte über Marokko in der Kammer vorerst nicht wünsche, da er zunächst mit den zuständigen Kommissionen Fühlung nehmen wolle. Er bestätigte den bisher nur gerüchweise verbreiteten Beschluß, den General Colomha, der eine in Marokko kämpfende Seeresgruppe befehligte, wegen der Panik, zu der es in der vergangenen Woche auf der Front von Ouezzu gekommen war, abzurufen, dementsprechend das Gerücht, wonach die Entsendung der be-

Radiodienst der Volksstimme.

Keine Intervention in China.

London, 17. Juni. Am Montag ist in Peking ein Engländer ermordet worden, der in dem Schanghai'scher Elektrizitätswerk angestellt war. Die Erregung über diese Tat ist in England außerordentlich groß. Die Regierung hat jedoch bisher keine Schritte in dieser Angelegenheit unternommen. Sie ließ gestern erklären, daß keine der interessierten Mächte vorläufig an eine Intervention denke. England werde, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, vorläufig nichts anderes tun, als Leben und Eigentum seiner Staatsangehörigen zu schützen. —

Vertagter Streik.

London, 17. Juni. Die für Dienstag geplante große Demonstration gegen die Fremden in Kanton hat nicht stattgefunden. Auch der Streik der Seeleute ist verschoben worden. Inbesseren lassen die Streikenden durchblicken, daß dies keine endgültige Entscheidung sei. Die englischen offiziellen Stellen geben an, daß bereits 14 000 Aufständische entwaffnet worden seien. —

Eine Schiffsladung für ein Menschenleben.

Rom, 17. Juni. Die italienische Regierung hat im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Rom und Kabul wegen der heimlichen Hinrichtung eines Italiens in den italienischen Gewässern einen Dampfer mit Fracht für die afghanische Regierung beschlagnehmen lassen. Die Fracht soll als Pfand für die Entschädigung gelten, die Italien wegen

kannten Generale Wegand und Couraud nach dem Kriegsschauplatz in Aussicht genommen sei.

In der Forderung neuer Kredite, führte er weiter aus, werde die Regierung sich auf das Notwendigste beschränken. In Aussicht genommen sei vor allem die Entsendung von Kriegsmaterial aller Art, insbesondere von Flugzeugen.

Ende der belgischen Regierungskrise?

Die neueste Wendung in der belgischen Kabinettskrise vom Dienstag ist die Wiederaufstellung des schon einmal fertigen, aber plötzlich wieder erledigten Ministeriums Poulet. Eine Aenderung ist nur insofern vorgezogen, als jetzt statt bisher elf, zwölf Portefeuilles vergeben werden sollen, und zwar fünf an die Sozialisten, die gleiche Zahl an die Katholiken und zwei an Nichtparlamentarier aus den Reihen der Liberalen.

Die Sozialisten werden durch Vandervelde als Außenminister und Vizepräsident, Huysmans als Unterrichtsminister, Wauters für die Arbeit, Meele für die Eisenbahnen und Laboulle für die öffentlichen Arbeiten vertreten. Van de Vyvere gehört dem Kabinet ebenfalls als Landwirtschaftsminister an.

Poulet versicherte den sozialistischen Führern, daß er jetzt entschlossen ist, das Ministerium ohne weitere Rücksprache mit den Katholiken und Liberalen offiziell zu bilden, sobald der Beschluß des sozialistischen Generalrats vorliegt, der am Mittwoch seine entscheidenden Beratungen abhält. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er sich zugunsten des Ministeriums Poulet entscheiden wird. In der Kammer hat diese Regierung eine verhältnismäßig starke Mehrheit. —



Krasin abberufen.

Wie aus Paris gemeldet wird, will der russische Botschafter Krasin, der sich nach Moskau begeben hat, die Diplomatenlaufbahn aufgegeben und wird nicht mehr auf seinen Posten nach Paris zurückkehren.

Der chinesische Aufstand.

Die Lage in China ist nach wie vor äußerst gespannt. Inbesseren scheinen die Streikenden ihre Aktionen langsam einzuziehen.

Die „Verbotene Stadt“ in Peking in welcher der ehemalige kaiserliche Palast liegt, wurde am Montag den Chinesen geöffnet. Ueber dem Eingang ist ein weithin sichtbares Schild angebracht, auf welchem die Worte stehen: Hund, Engländer und Japaner ist der Eintritt verboten. Auch in der Straße an der Landwirtschaftlichen Hochschule hängen Warnungstafeln für die Engländer. Studenten verteilen überall Flugblätter, die überschrieben sind: „Schändaten der Engländer und Ausbeutung durch Fremde.“

Uebergriffe sind am Montag nicht vorgekommen. Lediglich in Schanghai wurde ein Engländer erschossen. Es steht

der Ermordung eines seiner Staatsbürger von der afghanischen Regierung gefordert hat. —

Gemeindearbeiterstreik in Kassel.

Kassel, 17. Juni. Nach ergebnislos verlaufenen Verhandlungen der städtischen Arbeiter mit dem hessisch-nassauischen Wirtschaftsverband als Vertreter der Stadt Kassel sind die Arbeiter in den Streik getreten.

Der Kampf geht um die Bewilligung eines Pfennigs, den der Wirtschaftsverband den Arbeitern verweigert. Für die Arbeiter aber handelt es sich auch noch um eine grundsätzliche Frage, da sie laut früherem Beschluß der städtischen Körperschaften stets nach der ersten Lohnklasse bezahlt werden sollen, was nach den bewilligten Löhnen aber nicht mehr der Fall ist.

Da gestern eine Verschärfung der Streiklage eingetreten ist, wird mit der Stilllegung der städtischen Elektrizitätswerke heute nachmittag gerechnet. Notstandsarbeiten sollen in beschränktem Maße durchgeführt werden. —

Schwache Aussperrung in Thüringen.

Weimar, 17. Juni. Die Meldungen bürgerlicher und kommunistischer Zeitungen über den Umfang der Aussperrung der Holzarbeiter in Thüringen, nach denen in Thüringen 28 000 Aussperrte zu verzeichnen sind, müssen als stark übertrieben bezeichnet werden. Die Zahl der tatsächlich in Thüringen ausgesperrten Holzarbeiter beträgt 2500. Die Klein- und Mittelbetriebe sind durchweg der Kontrolle der Unternehmerverbände nicht gefolgt. Der ganze Sonneberger Bezirk blieb beispielsweise völlig unberührt von der Aussperrung. —

aber fest, daß er die Menge, die seinem Kraftwagen die Ueberschreitung des Konzeptionsgebietes verweigerte, gereizt hat und damit einen großen Teil der Schuld selbst trägt. Die Nachricht, daß in Schanghai vier Amerikaner getötet worden sind, entbehrt noch einer Bestätigung. Von Tientsin werden Riesendemonstrationen der Streikenden und Studenten gemeldet.

Im Süden des Aufstandsgebiets begann am Dienstag ebenfalls der Generalkrieg, in der Küstenstadt Swatow liegen sämtliche Betriebe still. —

Notizen.

Die Sicherheitspakt-Antwortnote der Regierung überreicht. Die französische Antwortnote auf den deutschen Vorschlag vom Februar d. J. betreffend Abschluß eines gegenseitigen Garantievertrags für die Grenzen zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich ist am Dienstag mittag 12 Uhr dem Reichsminister des Auswärtigen übergeben worden. Sie wird am Freitag veröffentlicht werden. —

Förderung unbemittelter befähigter Schulkinder. Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm am Dienstag auf Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Dittmann eine Entschließung an, in der Bereitstellung ausreichender Mittel gefordert wird, um unbemittelten Schulkindern die Zulassung zu mittleren und höheren Schulen zu ermöglichen. —

Sozialdemokratischer Wahlsieg. In Staheln bei Leipzig fanden am 14. Juni die Wahlen zum Gemeindeparlament statt. Für die Sozialdemokraten wurden 244 Stimmen abgegeben, für die Kommunisten 97 und für die bürgerliche Wählerliste 119 Stimmen. Die Sozialdemokratie erhielt 5 Vertreter, die Kommunisten 2 und die bürgerlichen Parteien haben je einen Sitz an die Sozialdemokratie übergeben, so daß nunmehr eine Mehrheit der Sozialdemokratie zu bezeichnen ist. —

Internationale Konferenz der Handelsmarine-Offiziere. Am Dienstag morgen ist in Paris eine Konferenz des Internationalen Verbandes der Offiziere der Handelsmarine eröffnet worden. Zehn Nationen, darunter Deutschland, haben ihre Vertreter geschickt; dagegen ist England auf der Konferenz nicht vertreten. Der Kongreß, der bis Freitag dauern wird, hat den Zweck, den Verband endgültig zu konstituieren und über Fragen, wie Gehalte, Arbeitsdauer an Bord usw. zu beraten.

Devisen.

Deutsch-französische Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 17. Juni. Wie „Journal“ berichtet, hat der gestern in Paris eingetroffene Vorsitzende der deutschen Wirtschaftsdelegation, Staatssekretär Trendelenburg, mit dem Handelsminister Chaumet eine Besprechung gehabt. Der Besuch sei eine einfache Fühlungnahme gewesen. Die Handelsvertragsverhandlungen werden heute wieder aufgenommen. —

Die Opposition bleibt der Kammer fern.

Rom, 17. Juni. Die vereinigte Leitung der italienischen Oppositionsparteien hat gestern Abend eine Kundgebung erlassen, in welcher sie mittel, daß die Opposition auf dem Aventin verbleiben und nicht in der Kammer erscheinen werde. —

Die Verbündeten Abd el Krim.

Rom, 17. Juni. Abd el Krim jagte in einer Unterredung mit einem Korrespondenten der „Popolo Italia“, massenweise seien die Soldaten der Fremdenlegion in das Riflager übergelaufen. Er hoffe daher, daß dieser Konflikt mit der Errichtung der Republik enden werde. Der Korrespondent setzt dieser Mitteilung hinzu, daß Abd el Krim am nächsten Tage die Unterredung sich zur Korrektur vorlegen ließ und dem Korrespondenten die Versicherung gab, daß er sie selbst nach Italien befördern werde, um zu zeigen, daß er über Mittel und Wege verfüge, um der feindlichen Blockade zu entgehen. —

Großes Eisenbahnunglück.

New York, 17. Juni. Bei einem Eisenbahnunglück bei Gaderstawn haben 29 Personen den Tod gefunden. Nach Ansicht der Eisenbahnbeamten ist die Entgleisung durch einen Damrutz infolge des heftigen Regens verursacht worden. Von den deutschen Passagieren des Zuges sind 126 mit einem besonderen Zuge nach Budapest gebracht worden, wo sie an Bord der „Republik“ gingen, welche eine Stunde später den Hafen verließ. Die Ueberlebenden loben die aufopfernde Hilfsbereitschaft der in der Nähe wohnenden Farmer, die wenige Minuten nach der Katastrophe an der Unglücksstelle eintrafen. Hilfe aus Gaderstawn und anderen Klagen kam erst eine Stunde später, da die Telegraphendrähte zerrissen waren. Eine große Anzahl der Verunglückten wurde bei dem Scheitern von Laternen von den Farmern und ihren Arbeitern unter den Trümmern hervorgezogen. —

New York, 17. Juni. Nach den zuletzt eingegangenen Nachrichten wurden bei dem Eisenbahnunglück bei Gaderstawn 38 Personen getötet, darunter 20 Frauen. Die Zahl dürfte sich noch erhöhen, da mit dem Ableben mehrerer Verletzte gerechnet wird. Abgesehen von 7 Mitgliedern des Fahrpersonals sind sämtliche Toten und Verwundeten wohlhabende Deutschamerikaner. 182 Personen gehörten einer Reise-gesellschaft von 250 Personen an, die zur Jahrausfahrt des Rheinlandes nach Koblenz fahren wollten, und von dort Reisen nach München, Stuttgart, Frankfurt a. M. und Mainz beabsichtigten. —

Niederlage der Monarchisten.

Der Reichstag setzte am Dienstag nach der Annahme der Novelle über das Depot- und Depofitengesetz die Beratung des Reichshaushalts für das Ministerium des Innern fort.

Der Reichsminister des Innern Schiele hielt eine lange Rede, die noch inhaltlos war als sein Vortrag vom Sonnabend.

Ein tragikomisches Zwischenpiel gab es, als der sozialdemokratische Abgeordnete Moses die sozialdemokratische Interpellation wegen der Affenveröffentlichung des ehemaligen Admirals v. Tirpitz begründete.

Schiele hatte darauf nichts andres zu erwidern, als daß das Kabinett beschlossen habe, zu dieser Frage den Reichsjustizminister Stellung nehmen zu lassen.

Mit großer Spannung wurde die Abstimmung über den von den Deutschnationalen eingebrachten Gesetzentwurf erwartet, der den 18. Januar zum Nationalfeiertag erheben soll.

Nach 7 Uhr nahm der Sozialdemokrat Schmidt das Wort, um den ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der Technischen Nothilfe zu begründen.

Sitzungsbericht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Dienstag-Sitzung des Reichstags begrüßte Präsident Löbe unter Beifall des Hauses den Vizepräsidenten des Reichstags Abg. Nieber.

Ohne Debatte beschließt das Haus dann die Rückverweisung des Gesetzentwurfs über Depot- und Depofitengeschäfte an den volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Abg. Dr. Moses (Soz.):

Ich habe schon gestern im Reichshaushaltsausschuss die Regierung und das Innenministerium über die sogenannte Tirpitz-Affäre

interpelliert. Ich muß diese Sache heute noch einmal zur Sprache bringen, weil die Art, wie sie von der Regierung behandelt wird, geradezu zur Groteske wird.

Im Ernst gesprochen: Was ist das für eine Art, eine Affäre zu erledigen, die in der ganzen Öffentlichkeit so großes Aufsehen erregt hat?

Entwendung staatlicher Dokumente.

Die später veröffentlicht werden sollten. Aber wäre es nicht viel einfacher, wenn Herr Tirpitz die Urkunde des Hauses bestiegen würde?

Nun hat der Präsident des Reichsarchivs die Versicherung gegeben, daß Herr v. Tirpitz mit dem Reichsarchiv nie in Verbindung gekommen sei, er habe weder Akten genommen, noch Abschriften gefertigt.

Akten des Reiches in fremden Händen

bestehen, so muß das Reichsarchiv sie beschlagnahmen lassen und sie wieder dem Reich zuführen. Meine Fraktion ist nicht gewillt, diese Angelegenheit bis ins Unendliche verschleppen zu lassen.

Präsident Löbe: Zunächst hat das Wort der Abgeordnete Görnke (Stürmische Geste).

Abg. Görnke (Komm.) findet die im Etat für die Polizei eingelegten Beträge viel zu hoch gegenüber den für kulturelle Aufgaben bestimmten.

Abg. Frau Dr. May (Dt. Sp.): Das neue Reichs-Buchspielgesetz muß mehr Handhaben bieten, wertlose und minderwertige Filme, die nur der niederen Schaulust dienen, zu verbieten.

Reichsinnenminister Schiele:

Der Abg. Moses hat mich gefragt, ob ich die Tirpitz-Interpellation nicht beantworten wolle. Das Kabinett hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt.

In bezug auf die Jugendlicherziehung und -erziehung sind hervorzuheben die in sportlicher Beziehung für die Erziehung der Jugend gerade in letzter Zeit gemachten Fortschritte.

Abg. Schreiber (Ztr.) setzt sich besonders für die deutsche Wissenschaft ein.

Abg. Geyß (Dem.) wünscht, daß die Frage der Lehrerbildung rasch zur Entscheidung gebracht werde, ehe die Länder im einzelnen ihre besondere Wege in dieser Angelegenheit gingen.

Abg. Frau Lang-Brumann (Wahr. Sp.) hebt hervor, daß die im Etat für das Theaterwesen eingelegten Beträge nicht ausreichend seien, um den Mangel der Bühnen zu beheben.

Abg. Künstler (Soz.):

Zur Reichsfilmbank ist kürzlich eine Voranzeige für einen Film „Bismarck“ veröffentlicht worden. Ein Grenzüberschritt, dem neben monarchistischen Offizieren und Schwerindustriellen auch der Reichspräsident angehört, preist diesen Film als ein historisches Dokument an.

In der Inhaltsangabe wird behauptet, daß er eine objektive Darstellung vor Augen führen wolle. Der erste Teil nimmt seinen Ausgang von der Niederlage Preußens bei Tenna und Auerstadt und schließt ab mit dem siegreichen Ausgang des Krieges von 1864.

und zwar der Kriegsschauplatz des Feldzugs gegen Oesterreich, das preussische Hauptquartier, die Schlacht bei Königgrätz, der König und der Kronprinz auf dem Schlachtfeld usw.

um den Anschluß zu verhindern.

Wer hat dem Reichspräsidenten von Hindenburg geraten, seinen Namen für dieses Machwerk herzugeben, der eine Beleidigung des österreichischen Volkes und zugleich einen Kampfruf gegen die deutsche Republik darstellt?

Damit schließt die Debatte über die Titelbildung, Schule und Film. Ohne Debatte überweist das Haus an den Rechtsausschuss eine Gesetzesvorlage über die Erweiterung der Befugnisse des Reichspräsidenten und einen Antrag der Sozialdemokraten auf Vorlegung des Ausführungsgesetzes zu Artikel 48 der Reichsverfassung.

Der Ausführgantrag auf Einsetzung des 18. Januar als Nationalfeiertag wird im Sammelsprung mit 193 gegen 133 Stimmen abgelehnt.

Das Haus bewilligt den Rest des Etats des Innern in zweiter Lesung mit Ausnahme der Kapitel Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Polizei und Technische Nothilfe.

Abg. Schmidt (Köpenick, Soz.):

Sämtliche Gewerkschaften haben sich am 5. April in einer Eingabe an die Regierung gewandt, worin sie die Abschaffung der Technischen Nothilfe verlangen.

Arbeiter in ihrem Existenzkampf zu behindern. Zur Ausfühung hat der Reichsinnenminister heute erklärt, es sei nicht möglich, die Ausgaben für die Technische Nothilfe herabzusetzen; zur Begründung greift man immer wieder nach Ausreden, um diese Einrichtung zu erhalten.

Der Redner weist auf ein Beispiel in Ostpreußen, wo bei einem Kampfe der Landarbeiter um eine geringe Erhöhung ihrer niedrigen Löhne die Hilfe der Arbeiter auf die Straße getrieben wurden (Hört, hört!); man verweigerte ihnen die Weiden, es wurden sogar Brunnen gesperrt, an denen die Frauen der Landarbeiter Wasser holen wollten.

Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkte, daß die Technische Nothilfe überflüssig ist. Nach der Gründung der Arbeiterbewegung können die Gewerkschaften selbst dafür sorgen, daß die lebensnotwendigen Arbeiten bei Lohnkämpfen geleistet werden.

Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkte, daß die Technische Nothilfe überflüssig ist.

Nach 7 Uhr abends vertagt sich das Haus auf Mittwoch 2 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über die Einrückung der Vermögenssteuer-Vorauszahlung und die Weiterberatung des Innern-Etats.

Landwirtschaftsfragen im Landtag.

In der Landtagssitzung vom Dienstag betonte Abgeordneter Diehl (Ztr.), daß die Zentrumskommision von der Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Zölle durchdrungen sei.

Abg. Schwedt (Dt.-nail.) empfiehlt die deutschnationalen Anträge zum Schutze des Weinbaues. Die Schutzzölle müßten so gestaltet werden, daß sie eine brauchbare Grundlage abgeben könnten für günstige Handelsverträge.

Abg. Meinke (Dem.) empfiehlt, in der Zollfrage das Ergebnis des Gutachtens des Reichswirtschaftsrats zu beachten.

Abg. Hoffmann (Münster, Dt.-nail.) wünscht Verbesserung der Entwässerungsordnung für Ostpreußen und wünscht Beilegung der Nachschubordnung.

Abg. Graf Stolberg (Dt. Sp.) empfiehlt den Antrag seiner Fraktion, das Staatsministerium zu eruchen, dahin zu wirken, daß in bezug auf die Termine zur Zurückziehung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Saatgutskredite auf die schwierige Lage der Landwirtschaft Rücksicht genommen wird.

Nach einer weiteren Debatte und nach der Einzelbesprechung, die nichts Neues ergeben, werden Ministergehalt und eine Reihe weiterer Positionen bewilligt.

Mittwoch 10 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Landwirtschaftshaushalts.

Abg. Kleinmeyer (Soz.): Die Deutschnationalen und zum Teil auch das Zentrum stellen sich hier in Gegensatz zur Haltung ihrer Fraktionen im Reichstag beim spanischen Handelsvertrag.

Abg. Hoffmann (Münster, Dt.-nail.) wünscht Verbesserung der Entwässerungsordnung für Ostpreußen und wünscht Beilegung der Nachschubordnung.

Abg. Jacoby-Raffauf (Ztr.) tritt ebenfalls für Beilegung der Nachschubordnung ein.

Abg. Graf Stolberg (Dt. Sp.) empfiehlt den Antrag seiner Fraktion, das Staatsministerium zu eruchen, dahin zu wirken, daß in bezug auf die Termine zur Zurückziehung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Saatgutskredite auf die schwierige Lage der Landwirtschaft Rücksicht genommen wird.

Nach einer weiteren Debatte und nach der Einzelbesprechung, die nichts Neues ergeben, werden Ministergehalt und eine Reihe weiterer Positionen bewilligt.

Mittwoch 10 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Landwirtschaftshaushalts.

Der Wikingbündler als Landesverräter.

Mit welchen Mitteln in rechtsradikalen Organisationen gearbeitet wird, zeigte am Dienstag eine Verhandlung vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig.

Bereits im Dezember 1923 hatte Aujst versucht, das Material dem preussischen Innenministerium und der Berliner Polizei gegen Bezahlung anzuliefern, wurde aber abgewiesen.

Durch die Beweisaufnahme wurde Aujst des verurteilten Landesverrats überführt. Das Gericht verurteilte ihn zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Das Ende der Waffenhandelskonferenz.

Die internationale Konferenz zur Kontrolle des Privatwaffenhandels wurde nach sechswochiger Tagungsbauer am Dienstag vormittags geschlossen.

Das Ende der Waffenhandelskonferenz. Die internationale Konferenz zur Kontrolle des Privatwaffenhandels wurde nach sechswochiger Tagungsbauer am Dienstag vormittags geschlossen.

Das Ende der Waffenhandelskonferenz. Die internationale Konferenz zur Kontrolle des Privatwaffenhandels wurde nach sechswochiger Tagungsbauer am Dienstag vormittags geschlossen.

Das Ende der Waffenhandelskonferenz. Die internationale Konferenz zur Kontrolle des Privatwaffenhandels wurde nach sechswochiger Tagungsbauer am Dienstag vormittags geschlossen.

Das Ende der Waffenhandelskonferenz. Die internationale Konferenz zur Kontrolle des Privatwaffenhandels wurde nach sechswochiger Tagungsbauer am Dienstag vormittags geschlossen.

Das Ende der Waffenhandelskonferenz. Die internationale Konferenz zur Kontrolle des Privatwaffenhandels wurde nach sechswochiger Tagungsbauer am Dienstag vormittags geschlossen.

Das Ende der Waffenhandelskonferenz. Die internationale Konferenz zur Kontrolle des Privatwaffenhandels wurde nach sechswochiger Tagungsbauer am Dienstag vormittags geschlossen.

Das Ende der Waffenhandelskonferenz. Die internationale Konferenz zur Kontrolle des Privatwaffenhandels wurde nach sechswochiger Tagungsbauer am Dienstag vormittags geschlossen.

Nachrichten aus der Provinz.

Arbeiterwohlfahrt.

Der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt veranstaltet einen Lehrgang über die Pflichtfürsorge-Verordnung, und zwar am Montag den 22., Dienstag den 23. und Mittwoch den 24. Juni im kleinen Saale des Oberpräsidiums in Magdeburg, Fürttenwallstraße 19.

1. Tag (Montag den 22. Juni).

- 9 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr. Einführung.
- 10—11 Uhr. Die Verordnung über die Fürsorgepflicht. Referent: Herr Direktor Busch (Magdeburg).
- 11 $\frac{1}{2}$ —1 Uhr. Die Organisation und Finanzierung der öffentlichen Fürsorge auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht. Referent: Herr Bureauinspektor Roine (Magdeburg).
- 3—6 Uhr. Besichtigung von Einrichtungen in der Stadt Magdeburg.

2. Tag (Dienstag den 23. Juni).

- 9 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr. Die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegeshinterbliebene. Ref.: Herr Köber (Magdeburg).
- 10—10 $\frac{1}{2}$ Uhr. Fürsorge für Sozial- und Kleinentner. Referent: Bürgermeister Klees (Mischerleben).
- 11—1 Uhr. Die Wochenfürsorge. Referent: Luise Schröder, Mitglied des Reichstags.
- 3—4 Uhr. Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige. Referent: Fräulein Müller, Jugendamt (Magdeburg).
- Ab 5 Uhr. Gemütliches Beisammensein auf Einladung des Ortsausschusses Magdeburg.

3. Tag (Mittwoch den 24. Juni).

- 9 $\frac{1}{2}$ —10 $\frac{1}{2}$ Uhr. Die Zusammenarbeit der öffentlichen mit der privaten Fürsorge und den Trägern der Sozialversicherung. Referent: Pastor Menzel (Magdeburg).
- 10 $\frac{1}{2}$ —12 Uhr. Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt und seine praktische Durchführung in den Ländern. Referent: Reichstagsabgeordneter Toni Pfaff.
- 12—1 Uhr. Die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt. Referent: Johanna Schumann, Hauptauschuß (Berlin).
- 3—4 $\frac{1}{2}$ Uhr. Organisationsfragen.

Kreis Wangleben.

Sportwettdingen. Ein großes Volksfest findet vom 20. bis 22. Juni auf dem Lieberg statt. Veranstalter sind es von sämtlichen Arbeiter-Sportvereinen und vom Reichsbanner. Die gesamte republikanische Bevölkerung uners Orts ist eingeladen. Für Unterhaltung wird bestens gesorgt. Am Interesse der ganzen Arbeiterbewegung muß dafür gesorgt werden, daß dies Fest eine Massenunternehmung größten Stils wird, um die Massen und Wandeltätigen auszurufen und ihnen zu zeigen, wo sie hingehören. Denn immer sind leider noch Arbeiter im Stahlhelm auf Befehl der Unternehmer. Die Einwohnerschaft des Ortes wird aufgefordert, die Straßen und Häuser mit Girlanden und republikanischen Fahnen zu schmücken. Beim Genossen Reimann sind zum Ausschmücken Papiergirlanden, Papierfahnen und Kranzschilde zu haben, ebenso Papierscherpen für Kinder. Eingeleitet wird das Fest am Sonnabend abend mit einem Umzug durch die Straßen. Dann folgt ein Kommerz. Der Haupttag ist der Sonntag, an dem der ganze Ort im Zeichen des Festes stehen wird. Am Montag vormittag ist Vöteleien, woran jeder teilnehmen kann. Anmeldungen hierzu sind noch beim Vorstand des Sportklubs, A. Freitag, zu machen. Nachmittags ist Kinderfest und der Abend vereint die Erwachsenen zum gemächlichen Abschluß des Festes. Ganz besonders ergeht an die auswärtigen Sportvereine der Aufruf, unser Volksfest durch ihr Erscheinen zu unterstützen. Große Opfer haben die Osterweddinger Arbeiter gebracht; ein eigenes Tanzfest ist herbeigeholt worden. Für würdigen Empfang der Vereine ist gesorgt. Adren- und Karussellbesitzer können sich noch beim Genossen A. Freitag (Stellung) melden. Auf nach Osterweddungen zum Volksfest!

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Alt- und Neuhaldensleben. Die Ortsauschussführung war von 25 Delegierten besucht. Genosse Feldmann wies darauf hin, daß „Die Schmiede“ in den Hismard-Schiffen über die Zeitwandel läuft. Dann verbreitete er sich in ausführlicher Weise über die Arbeiterbewegung. Er schilderte die Gefahren, welche der Arbeiterbewegung dadurch entstehen, daß die Partei- und Gewerkschaftsvereine ihre Kinder in bürgerliche Sportvereine schicken. Es muß die vornehmste Pflicht eines aufrechten Partei- und Gewerkschaftsangehörigen sein, die Arbeiterbewegung zu fördern, da in diesen Vereinen die jungen Arbeiter eine Erziehung im Sinn unserer Weltanschauung erhalten, während sie in den bürgerlichen Sportvereinen der Partei- und Gewerkschaftsbewegung entfremdet werden. Man kann doch gerade in Neuhaldensleben feststellen, daß in bürgerlichen Sportvereinen sich besonders die gewerkschaftlich Unorganisierten sammeln. Den Delegierten wurde empfohlen, in ihren Mitgliedsversammlungen und an den Arbeitsstellen mehr für die Arbeiterbewegung zu agitieren. Eingewiesen wurde noch auf den „Sozialen Ratgeber“, eine Zeitschrift, welche vom Zentralverband

der Invaliden und Witwen herausgegeben ist und zum Preise von 1,20 Mark im Arbeitersekretariat bestellt werden kann. Vom 17. bis 22. August findet in Blankenburg ein Bildungsturnus statt, den Regierungsrat Genosse Richard Wolf leitet. Es wurde den Gewerkschaften, die dazu in der Lage sind, dringend empfohlen, aus ihren Lokalkassen den Teilnehmern an diesem Turnus einen Zuschuß zu gewähren. Die Vorstände der Zentralgewerkschaften und der Verband deutscher Konsumvereine haben eine eigne Feuerversicherung „Selbsthilfe“ gegründet. Feuerversicherungsanträge werden von dem Vertreter der Volkshilfe, Genossen Rudolf Racht, Bropphorn 6, entgegengenommen. Es wurde dann Bericht erstattet über das Programm zum Gewerkschaftsfest. Die Festrede hält Genosse Feldmann. Zur Veranstaltung für die Kinder haben nur solche Kinder Zutritt, deren Eltern sich an dem Gewerkschaftsfest beteiligen. Genosse Holburg berichtet von der Bauarbeiter-Schulungskommission. Mit der Aufforderung des Genossen Winter, rege Propaganda für das Gewerkschaftsfest zu machen, damit es zu einer wichtigen Demonstration für die Gewerkschaftsbewegung wird, wurde die Sitzung geschlossen.

Neuhaldensleben. Der Lieschen-Bund beabsichtigt, auch in Neuhaldensleben eine Ortsgruppe ins Leben zu rufen. Der Stahlhelm-Ortsgruppenführer hat zu einer Gründungsversammlung aufgerufen. Die Frauen der werktätigen Bevölkerung haben es daher nötig, sich ebenfalls zu organisieren, indem sie sich der Frauengruppe der Sozialdemokratischen Partei anschließen. Anmeldungen werden bei dem Genossen Otto, Jungfernstieg 47, und bei allen Parteifunktionären entgegengenommen.

Stadtfreis Burg.

Ein Freispruch. Wir berichteten vor kurzem über den Prozeß des Gewerkschaftsangehörigen Genossen Warnke in Niegrupp, der angeklagt war, durch die Worte: „Was tut denn der da drin, der soll man lieber seinen Dienst tun und aufpassen, wenn das Gafentkrenzlied gesungen wird.“ den Landjäger Jensen in Niegrupp beleidigt zu haben. Anlässlich der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 ging es in dem Wahllokal, einer Gastwirtschaft in Niegrupp, sehr stürmisch zu. An der „Tafel“, die sich im Vorraum des Wahlzimmers befand, standen etwa zwei Dutzend betrunkener „teuflicher Gelben“, die jeden, der nicht ihrer Gesinnung war, anekelten und provozierten. Frauen wurden mit Bier begossen und als Genosse Warnke erschien, um mit seiner Frau sein Wahlrecht auszuüben, mußte er sich erst den Weg zum Wahlzimmer freimachen. Als er sich später zu einigen Genossen in die Gaststube setzte, sagte der Sohn des Gemeindevorsethers Schulze: „Da sitzt der Warnke, dem wollen wir jetzt eins jagen“ und die stimmten das Gafentkrenzlied an. Genosse Warnke stellte darauf an den Landjäger Jensen, der da war, um für Ruhe und Ordnung im Wahllokal zu sorgen, die Aufforderung, dem standalösen Treiben der Gafentkrenzler ein Ende zu bereiten und das Singen des Gafentkrenzliedes zu verbieten. Das hat Jensen nicht getan. Nach Schluß der Wahlhandlung wurden der Genossin Puttkammer und dem Genossen Schulze der Zutritt zum Wahlzimmer vom Landjäger verweigert. Dem Genossen Warnke wurde dies mitgeteilt und darauf jagte er zur Genossin Puttkammer: „Dazu hat er keine Berechtigung (zum Verwehren des Eintritts), der sollte man seinen Dienst tun und aufpassen, wenn hier gesungen wird.“ Gafentkrenz am Stahlhelm“. Vier Zeugen haben unter Eid ausgesagt, Genosse Warnke hätte ins Wahlzimmer hineingeringelt: Was tut denn der da drin usw. Unser Genosse wurde daraufhin zu 20 Mark Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil legte er durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hammerlag (Magdeburg), Berufung ein mit der Begründung, er hätte in dieser Art die Worte nicht gebraucht und auch nicht in das Zimmer hineingeringelt. Vor der Strafkammer Burg sagten drei Zeugen wiederum unter Eid das selbe wie in der ersten Instanz aus, während Jensen selbst erklärte, es könnte auch anders gewesen sein“. Der Verteidiger stellte daraufhin Verlagsungsantrag, um Zeugen laden zu können, die die Worte des Angeklagten genau gehört hätten, da sie neben ihm standen, und zwar im Vorraum, während die drei Zeugen als Zeiger der Wahlhandlung im Wahlzimmer waren. Zum zweiten Termin jagten nun die vom Verteidiger gestellten Zeugen unter Eid aus, die Worte des Angeklagten seien richtig und waren nur an Frau Puttkammer gerichtet. Bescheidend waren die Aussagen des Gemeindevorsethers, der nur geäußert haben will, wie im Vorraum die „Internationalen“ gesungen wurde, nur die Seizis hätten den Tag über Spektakel aufgeführt. Auf die Frage des Verteidigers, ob der Gemeindevorsetzer denn gar nicht das Gafentkrenzlied gehört habe, und daß doch gerade sein Junge einer der tollsten gewesen sei, wand er sich, als ob er Bauchgimmen hätte und meinte schließlich in die Enge getrieben: „Es könnte wohl sein.“ Jensen sagte diesmal auffallenderweise aus, daß er die beleidigenden Worte „ganz genau“ gehört habe. Er wurde sowohl vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Löwenhals, als auch vom Verteidiger auf seine erste Aussage, „es könnte auch anders sein“, festgenommen. Es lag ein Mißverständniß vor, erklärte darauf der Landjäger. So stand Aussage gegen Aussage, so daß das Gericht auf Freisprechung erkannte. Die Strafen trägt die Staatskasse. Damit hat dieser „weltbewegende“ Prozeß sein Ende erreicht.

Die Parteiverammlung war leider nicht so besucht, wie es in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung notwendig gewesen wäre. Genosse Crummenert (Magdeburg) sprach über Bil-

dungsbearbeitung in der Partei. Wir müssen die Arbeiterbewegung für den politischen und wirtschaftlichen Kampf mit dem nötigen Wissen ausrüsten. Bildungsbearbeitung kann gar nicht genug geleistet werden. An der Aussprache beteiligten sich Fißel, Gustab Stollberg, Kammler, Anna Süß und Gärlin. Als Delegierte zum Unterbezirkstag wurden die Genossen Otto Süß, Fißel, Gärlin, Biegler, Hänisch und Vigelst gewährt. Ein Antrag wurde angenommen, daß auf die Tagesordnung des Unterbezirkstags auch das Referat des Genossen Crummenert über Bildungsfragen gesetzt wird. Als Delegierter zum Bezirksparteitag wurde Genosse Hänisch gewählt. Genosse Reimelt junior erstattete Bericht von der Pressekommissionssitzung, und Genosse Gafeland verwies darauf, daß sich jeder Genosse verpflichtet fühlen muß, für den Konsumverein zu werben. Jede Hausfrau muß es sich zur Pflicht machen, ihren Warenbedarf in den Lagern uners Konsumvereins zu kaufen. Die Agitation hat schon gute Erfolge erzielt. Weitere Erfolge werden nicht ausbleiben, wenn jeder seine Schuldigkeit tut.

Sturmschäden. Die in der Niegrupper Chaussee errichtete Zimmermannsche Fabrik erlitt durch den letzten schweren Sturm erheblichen Schaden. An der einen Seite ist die Mauer in einer Breite von ungefähr 12 Metern umgeworfen worden. Die Fenster sind zertrümmert.

Diebstähle. Zu dem bereits gemeldeten Einbruchdiebstahl bei dem Dentisten Thewes ist noch zu berichten, daß es der Dieb nur auf bares Geld abgesehen hatte. In einem Kleiderschrank war eine Kassetten mit Geld aufbewahrt, und diese wurde, nachdem der Schrank erbrochen war, gestohlen. Nach Sachlage der Dinge kann nur eine Person in Frage kommen, die mit den örtlichen und persönlichen Verhältnissen bei Thewes vertraut ist. — Aus dem Keller im „Seechlöcher“ wurde in den Abendstunden ein Herrenfabrikat gestohlen.

Kreis Serichow L.

Siebert. Eine Frauenversammlung, die gut besucht war, fand am Dienstag in der „Weintraube“ statt. Redakteur Müller hielt einen Vortrag über „Das Kind in Familie und Gesellschaft“. Er schilderte Erziehungsauffassungen in alter und neuer Zeit und die Reformbestrebungen der Gegenwart. Die Verpflichtungen der Arbeiterklasse dem proletarischen Kinde gegenüber, die Bedeutung einer Erziehung in sozialistischem Sinne für die sozialistische Bewegung wurden dargestellt. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Vereinsangelegenheiten fanden dann ihre Erledigung.

Kreis Kalbe.

Kalbe. Jagd auf einen Eindringler. Am Sonntag früh ging eine wilde Jagd durch die Bernburger, Große Lorenz- und Amtebittstraße. Ein Eindringler wurde durch den Polizeibeamten G. verfolgt, der in ein Grundstück der Mühlenstraße eingedrungen war. Es handelt sich um einen schweren Rungen. — Wegen ruhestörender Lärms und beim Ausschauen von Fensterläden wurden mehrere Personen gefaßt und zur Anzeige gebracht. — Als ein Rohling erwies sich ein junger Mensch, welcher

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Die erste Bedingung

für jede gut geleitete Küche ist die Verwendung bester Zutaten für die Bereitung der Mahlzeiten. Aus diesem Grunde ist

Dr. Oetkers „Gustin“

in der einfachen sowie feinen Küche allgemein beliebt. — Der Gebrauch von Dr. Oetkers Gustin ist außerordentlich vielseitig. Man nimmt Gustin, um Milch, Früchte, Suppen, Soßen, Gemüse, Fette usw. sämig zu machen oder zu verdicken. Außerdem bereitet man mit Gustin Puddings, Cremes, Suppen, Kuchen, Torten, Milch- und Fruchtklammern, ideale Kinderspeisen und Krankenspeisen aller Art.

Ein Versuch wird jede Hausfrau befriedigen. Sie kaufen Dr. Oetkers Gustin in „Originalpackchen“ mit der Schutzmarke „Oetkers Hellkopf“ zum Preise von 33 Pfg., in allen einschlägigen Geschäften.

Besondere „Gustin-Rezepte“ erhalten Sie kostenlos ebendasselbst oder, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Das schöne Mädel.

Roman von Georg Hirschfeld.

(37. Fortsetzung.)

Kochbuch verlesen.

Sie brachte ihm nichts von sich zu sagen — er kam ihr vor, als ob er alles erriet. Da sie das Kino gern hatte, freute es sie, einen solchen Vertreter dieser Kunst kennenzulernen. Das war Jens Branding. Er zeigte ihr den Zyp der großen Hammerwelt. Er hatte etwas von den wilden, wilden Cowboys, deren Leben er auf die Leinwand gebracht hatte. Seine Firma war in Berlin, aber er fuhr von Paris nach München, weil er auf der Suche nach einem neuen Star war.

„Ich lasse den Ruf der Damen nicht als werden“, jagte er und lachte. „Sie sind die Damen der Welt. Als er sie fragte, ob sie ihm in den Kaufhäusern folgen wollte, hümmte sie zu. Bald jagte sie sich in weichen Seiden gegenüber. „Aha“, sagte er, „Ihre Herren sind ganz entzogen. Sie bedachte nicht mehr, was es für sie hieß, Leon Rubiner betriebliebt zu haben. Sie dachte kaum, in welche Unwissenheit sie zurückkehrte. Nach Anruf fuhr ihr jetzt nicht ein. Wohlig dämmerte langsam sie dem Namen, der den großen Star hatte. Ein Münchner Barenkäufer spielte mit, was der internationale Standard war. „Aha“, sagte Jens Branding für sich. „Man mag die Köpfe, wenn man sich auf ihn einläßt. Man braucht sich eben nicht auf ihn einzulassen. Sein lächelnder Mund lockte die Frauen und machte sie zugleich zur Köpfe. Das war sein großer Reiz.“

Er redete in Aftas Coups über. Sie erlaubte es ihm, denn sie fand sie jetzt allein zu sein. Sie bemerkte nicht, daß es Jens Branding bis zum Abend gelang, alles Mögliche von ihr zu erfahren. Daß sie mit einem Mann in Paris gewesen, mit einem reichen und interessanten Mann, stand für ihn fest. Der Beweggrund ihrer plötzlichen Abreise kombinierte er. Er schloß aus dem hübschen „Gand“ ihres Reisens, daß sie des Liebhabers nicht aus dem gewöhnlichen Grunde überdrüssig geworden war. Ein anderer Mann beherrschte sie nicht. Es mußte etwas Moralisches mißfallen. Sie hatte dem Herrn in Paris etwas überlassen, was sonst nur wirklich ansehnliche Frauen übernehmen.

Jens Branding war von dieser Begegnung begeistert. Aber er war zu sehr Geschäftsmann, um im abstrakten Gefühl zu verharren. Seine Beschäftigung nahm daher sehr bald die praktische Färbung. Er sagte sich: Was für ein wunderbarer, neuer Typ

Das ist ein Vermögen für den Film. Dieses Gemisch von Aristokratie, Bürgermadel und Skotte. Außerdem — persönlich kann ich mir meinen 42 Jahren nichts Besseres mehr finden. Sie ist nicht genug, um mir zu gehören, und hat schon so viel Raffinement, um eine große Karriere zu bestehen. An der deutschen Grenze war Jens Branding entschlossen.

Aber es war spät geworden, die Betten wurden hergerichtet und man mußte für heute auseinandergehen. Jens Branding verließ den Verloß auf morgen. Daß Afta Talent hatte, stand für ihn fest. Die berühmteste Filmproduzentin Deutschlands war von einer kleinen Sternschnuppe aufgehtoben — warum sollte ein Münchner Mädel nicht denselben Weg gehen.

Jens Branding und Afta waren in demselben Schlafwagen durch zwei Abteile getrennt. Beide schliefen unruhig, denn sie träumten voneinander. Plötzlich, eine Stunde hinter Straßburg, wurden sie durch einen furchtbaren Stoß geweckt. Afta lag im oberen Abteil und hatte sich eben bis zum Rande gewälgt. Durch die Erschütterung ritz ein Kriemen und sie fiel hinunter. Im Fallen griff sie nach der Dame, die unter ihr lag. Es war eine alte Gouvernante, die aus Paris kam. Sie hielt nun Afta in den Armen. „Mon enfant. Ma pauvre enfant“, wimmerte sie. „Aber Afta war unversehrt. Trotz der Gewissheit, daß etwas Schreckliches geschehen sein mußte, beruhigte sie das Weingelächeln der komischen Lage.“

Es war nicht mehr zu bezweifeln — der Zug war entgleist. Afta promierte in das Abteil, alle Fenstergehenden waren zertrümmert, ein wildes Durcheinander von Schreien, Schlägen und Flüchen war zu vernehmen. Im Gange drängten sich verzweifelte Menschen. Ein Mann schrie nach seiner Frau, Kinder jammerten nach ihrer Mutter.

Afta löste sich aus den Armen des alten Fräuleins. Ihre Füße jammerten, aber sie konnte stehen. Draußen hörte man den Schreckensruf: „Der Wagen brennt, brennt, wer kann.“

Jetzt wurde die Afta von Verzweiflung gepackt: „Verlassen Sie mich nicht. Ich bin verloren, Mademoiselle. Ich habe die Güte. Helfen Sie mir. Verlassen Sie mich nicht.“

„Afta, Ruhe, Ruhe“, bot Afta. — So kommen wir doch nicht weiter. So gehen wir alle zwei zugrunde. Lassen Sie mich doch los — sonst kann ich ja nichts tun.“ — Die Afta verstand kein Wort, mußte aber die Hände von Afta lassen. Sie sah, daß die junge Deutsche auf Rettung sann.

„Ueber den Gang kommen wir nimmer“, jammerte Afta. — Wir müssen durchs Fenster. Aber wie. Ich was, es muß halt gehen.“

Sie arbeitete vergeblich. Hinter ihr betete die Alte. Es waren fürchterliche Minuten. Da hörte Afta plötzlich draußen eine wohlbekannte Stimme: „Lun Sie nichts mehr. Ich bin schon da. Treten Sie zurück. Möglichst weit. Ich zerfahre das Fenster.“

Jens Branding stand draußen. Afta gehorchte und riß die Alte mit auf das untere Bett. Jetzt kirkten die Scherben. Der Däne war geschickt, er befreite mit seinem Weile den ganzen Fensterrahmen. Dann sah ihn Afta hinaufstürzen und mit ganzen Armen nach ihr greifen. Sie ließ sich ins Freie heben. „Verlassen Sie mich nicht“, hörte sie noch einmal die Alte rufen. Afta ist zerrettet in der Nacht, aber sie ließ sich nicht fortziehen. „Wir müssen auch die Dame holen. Die andre in meinem Coups.“ — Jetzt sah sie in das Gesicht des Dänen. Es war bleich und erstarrt — er lachte wütend: „Ach, was, wir können doch nicht an freude Leute denken. Wir liegt an Ihnen. Kommen Sie.“ Er wollte sie fortziehen, aber sie stand fest. Mit flammenden Augen rief sie: „Die alte Dame hat sich mir anvertraut. Ich will nicht zerrettet werden, wenn sie umkommt.“

Jens Branding starrte sie an. Das war Entschlossenheit, das durfte er nicht umgehen. Mit wütendem Lachen knirschte er: „Verreckte Raunen. Muß man wegen der alten Jungfer — aber meinethwegen.“

Er turnte noch einmal in den beräumten Wagen und reichte bald darauf die ohnmächtige Gouvernante wie ein Gepäckstück heraus. Afta fing sie auf. Eben kamen Sanitätsmänner, die ihre Schickslinge mitnahmen.

Nun mannte auch Afta — ihre Kraft war zu Ende. „Ich frier so“, flüsterte sie.

„Gott, Sie sind ja hart. Warum haben Sie denn nicht wenigstens Schuhe angezogen. Ich reise immer im Pyjama und Schuhen. Ich bin immer fertig. Aber nun kommen Sie. Wir müssen fort.“

„Sie sie wachte, was geschah, hatte er sie auf den Arm gehoben und rannte mit ihr davon. Die Stätte des Grauens lag hinter ihnen. Jens Branding lief mit seiner Last gegen ein hässliches Bauernpaar, das behändig vor seinem Hause stand. Ueberlegen gab es nicht — der Däne schloßerte die Leute ein. Er wurde mit seinem Schicksal untergebracht. Ein Bett mußte für Afta herbeigeholt werden — für sich brauchte Jens Branding nichts. Er warf sich auf eine Pferdebede.

(Fortsetzung folgt.)

vor einem Langlokal gelegentlich einer „Ausprache“ mit einem jungen Mädchen diesem fast sämtliche Kleider vom Leibe riß. Es ist durch das Dazwischentreten von Polizeibeamten lieb der rabiate Mensch von seinem Tur ab. — Sonntag 8 Uhr. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob das nichtgewerbmäßige Arbeiten (Kräuter, Gaden, Pflanzen usw.) in Klein- (Schreiber-) Gärten am Sonntag unter das Verbot der Sonntagruhe fällt. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß diese Arbeiten nur für die Zeit des Hauptgottesdienstes verboten sind. — Von der Post. Mit der Einrichtung des ununterbrochenen Fernsprechdienstes für den Orts- und Fernverkehr vom 15. Juni an findet auch die Annahme von Telegrammen täglich in jeder Tag- und Nachtzeit statt. Bei geschlossener Schaltertür wolle man zur Auflieferung von Telegrammen den Eingang zu den Postdiensträumen und erforderlichenfalls die dort rechter Hand angebrachte Klingel benutzen. —

Schnebeck. Stadtverordneten-Sitzung. Als Stadtverordneter wurde Genosse Brandenburger eingeführt. Die Wahl eines Schiedsmannes für den 4. Bezirk fiel auf den Stadtv. Sinne. Für die Errichtung einer Hilfsbücherei für minderbemittelte Kinder wurden 100 Mark bewilligt. Ueber die Erhöhung des Zuschlags zur Wanderlagersteuer von 25 Prozent auf 100 Prozent entspann sich eine längere Debatte. Stadtverordneter Hollborn verteidigte die Magistratsvorlage, weil die Stadt Geld braucht und die Einwohnerzahl vor auswärtigen Betrug geschützt werden müsse. Die Steuer soll ganze 2000 Mark im Jahre bringen. Die Genossen Hartung, Hellge und Hofer wandten sich gegen solche Begründung und gegen die Steuer. Wenn auf Waren höhere Steuererlässe kommen, muß die Ware verteuert werden. Es half aber nichts. Die Gewerbetreibenden sollten gegen die auswärtige Konkurrenz „geschützt“ werden. Die Rechte stimmte für die Steuer und die gesamte Linke dagegen. Der bürgerliche Vorsteher gab bei Stimmengleichheit den Ausschlag; somit ist die Wanderlagersteuer mit einem Aufschlag von 100 Prozent genehmigt. Zu Vertretern der Stadt auf dem Städte- tag in Koblenz werden Stadtv. Vorst., Jährling, Stadtv. Sinne und Stadtv. Hofer vorgeschlagen. Genosse Hellge erhob Protest gegen diese ungerechte Behandlung der sozialdemokratischen Fraktion, denn so wird unsere Fraktion kein stimmgleiches Mitglied entsenden. Die drei vorgeschlagenen Stadtverordneten wurden gewählt. Für die Errichtung einer Haltestelle in Felgeleben wurden nach einer Ausprache 65 000 Mark bewilligt; sie sollen durch eine Anleihe gedeckt werden. Mit diesem Fortschritt kann sich Stadtverordneter Karbach nicht abfinden, denn er erinnert daran, daß die Zinsen für die Anleihe nun wohl wieder die Gewerbetreibenden aufbringen müssen. Genosse Hartung erinnert den großen Kommunalpolitiker daran: je mehr Betriebe und Ver- kehrseinrichtungen geschaffen werden, desto besser geht das Geschäft der Gewerbetreibenden. Karbach setzte sich verdußt auf seinen Platz. Der Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion, den Arbeiterportieren 200 Mark zur Teilnahme an der Frankfurter Olympiade zu bewilligen, welchen besonders Genosse Hartung in ausführlicher Weise begründete, wurde abgelehnt. Laut Beschluß der Stadtverordneten wird der Antrag aber den Magistrat nochmals passieren, damit dieser noch einmal Stellung dazu nehmen kann. —

Stadtfreis Usherleben.

Usherleben. Streife. Die Zimmerer, die mehrere Wochen im Ausstand waren, haben kürzlich die Arbeit wieder aufgenommen. Sie erhielten eine einmalige Wirtschaftsbefreiung und das Versprechen der Unternehmer, dahin zu wirken, daß Usherleben in eine höhere tarifliche Ortsklasse kommt. — Seit dem 25. Mai sind hier die Kampfer im Streik. Es handelt sich um Lohnforderungen, die von den Unternehmern abgelehnt wurden. In der Streifschäre sind schon die Schlichtungsstellen tätig gewesen. — In den letzten Tagen ist nun auch ein Leistikopf in der hiesigen Metallindustrie ausgebrochen. Es streiken die Metallarbeiter der Firmen Vapp, Hammer u. Schöne und der Motorenwerke Trumann A.-G. Bei der Firma Billeter u. Klung sind die Former in den Ausstand getreten. Anlaß zu dem Streik gibt ein vom Schlichtungsausschuß Halberstadt gefällter Schieds- spruch, der den bisherigen Mindestlohn von 57 Pfg. für den Fach- arbeiter über 23 Jahre für Juni und Juli weiter festlegt, wäh- rend derselbe Schlichtungsausschuß für den Bezirk des Nordharzes 59 Pfg. festsetzte. Ein Teil der hiesigen Metallarbeiter, z. B. bei der Firma Wolf, erhält außerdem seit Mitte März 61 Pfg. Stundenlohn. — Der hiesige Arbeitsnachweis hat eine Anzahl Arbeitslosen nach Bitterfeld vermittelt. Am Zusammenhang da- mit entstand das Gerücht, der Geschäftsführer des Arbeitsnach- weises, Genosse Wöde, habe persönliche Vorteile davon gehabt, eine Provision eingehend usw. Wöde hat einen der Verbreiter dieser Beleidigungen verklagt, der nun öffentlich in den Orts- zeitung die Erklärung abgibt, daß er seine in leichtfertiger Weise verbreitete Beschuldigung der Unehrenhaftigkeit mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt. In Matschereien wird hier in Usherleben Ernteaunliches geleistet, andernorts soll es übrigens nicht viel besser sein. — Stadtrat Schöne ist mit seinem Prozeß gegen die Stadt vom hiesigen Amtsgericht ab- gewiesen worden. Er hatte seine Wohnung in einem städti- schen Gebäude plötzlich geräumt, weil nach seiner Meinung eine andre bessere Wohnung zu haben sei und seine alte Wohnung Manzen beherrberge. So zog er in ein Hotel. Im Prozeßwege verjagte er nun die Erstatung der Hotelkosten zu erlangen. In zwei Terminen vor dem Amtsgericht wurde manche bemerkens- werte Einzelheit erzählt. Von Bedeutung war, daß bei einer Desinfektion des ganzen Hauses Schöne es ablehnte, daß auch seine Wohnung desinfiziert werde. Bei neuerlichen Unter- suchungen ist die Wohnung auch manzentei befunden worden. Da vermutlich das Wohnungsamt keine andre Wohnung für den Herrn Stadtrat hat, wird er wohl die alte Wohnung wieder auf- suchen müssen. —

Altmarkt.

Das reaktionäre Stendaler Stadtparlament.

In der Stadtverordneten-Sitzung am Montag zeigte die bürgerliche Mischmagsfraktion wieder ihr reaktionäres Gesicht mit aller Deutlichkeit. Sogenannte Demokraten, Deutsch- nationale und sonstige rechtsgerichtete Deutschen jegeln in einem Fahrwasser. Demokratie und Volksgemeinschaft sind ihnen unbe- kannte Begriffe. Die Hauptfrage für die Stendaler Bürgerlichen ist es, alle sozialdemokratischen Anträge niederzustimmen. In der Sitzung wurde der Antrag für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen wiedergewählt; ihm gehört auch Ge-

nosse Kiebau an. Die Erhöhung des Anteils für die Mittel- deutsche Heimstätte wurde verlagert. Vor dem Kriege wurden unsere Stadtschweizer, wenn sie Urlaub hatten, von dem Diafonienfest zu Berlin bezahlt, das jetzt nicht mehr in der Lage sein will, die Kosten der Erholung zu tragen. Die Stadt will daher unsere acht Stadtschweizer während des Urlaubs je 100 Mark zahlen. Am Pro- vinzialstadttage sollen teilnehmen Dr. Kamietz und Genosse Trumpp. Zur Ausbildung des Desinfektors wurden 180 Mark bewilligt. Die alten Desinfektionsapparate sind unbrauchbar ge- worden und müssen durch neue ersetzt werden. 600 Mark wur- den dafür bereitgestellt.

Zu vorletzter Sitzung hatte man beschlossen, zur Aufnahme wichtiger Verhandlungsgegenstände ein stenographisches Protokoll zu führen. Der Magistrat lehnt der Kosten wegen die Sache ab. Die bürgerliche Fraktion brachte durch Vorsteher Danemann zum Ausdruck, daß nur wichtige Teile der Verhandlung auf- genommen werden sollen, die der Vorsteher nach seinem Ermessen feststellt. Genosse Trumpp wandte sich gegen diese Art Proto- kollierung, die der sozialdemokratischen Fraktion immer zum Nachteil sein werde. Die bürgerliche Fraktion aber nahm ihren Antrag an, durch den also nun der „Demokrat“ Herr Danne- mann bestimmen kann, was protokolliert werden soll.

Nachdem nunmehr die Haushaltspläne im einzelnen und ins- gesamt verabschiedet sind, kann der Haushaltsplan für Gesund- heitspflege nicht mehr geändert werden. Daß nicht genügend Mittel für Gesundheitspflege ausgegeben werden können, hätten die Bürgerlichen vorher wissen müssen. Dem Beschluß, in den Haushaltposten 300 Mark für die Arbeiterkameralkasse einzu- stellen, ist der deutschnationale Magistrat nicht beigetreten. Das sieht ihm ähnlich. Genosse Henniges wünschte, daß die Lüf- tungsanordnung der Turnhalle durch eine bessere Anlage ersetzt wird. Man beachtete die Anregung gar nicht.

Für Ausbesserungsarbeiten an den historischen Toren unserer Stadt sind die Kosten erheblich größer geworden, als vorgeesehen war. Beim Langermünder Tor sind Verankerungen nötig ge- wesen, da das Tor durch den starken Automobilverkehr sehr ge- litten hat. Es mußten 1600 Mark nachbezahlt werden.

Eine Anfrage des Genossen Altmann, ob die Stadt gemillt ist, auch bei Arbeiterfestlichkeiten die Tore und kommunalen Ge- bäude zu schmücken, wie das beim Stadthelmsauttag der Fall gewesen ist, wurde vom deutschnationalen Oberbürgermeister nicht beantwortet. Für republikanische Bürger ist der Mann nicht zu haben.

Das Grundstück Mönchskirchhof 3 (Reichsbank) wird für 85 000 Mark an die Reichsbank veräußert. Die bürgerliche Fra- tion verlangt, daß dieses Geld zugleich zum Umbau des Verwal- tungsgebäudes verwandt wird. Der Oberbürgermeister sprach da- gegen, weil dann das Geld dem Grunderwerbssfonds zufließt, aus dem Gelder nur mit Genehmigung der Stadtverordneten- Versammlung und des Magistrats genommen werden dürfen. Der Antrag wurde angenommen.

Der Gastwirtverein hat sich in einem die Stadtverordneten beleidigenden Schreiben gegen die Durchführung der Getränke- steuer gewandt. Da die Steuer 80 000 Mark einbringt und diese Summe im Etat durch nichts anders ersetzt werden kann, muß sie beibehalten werden. Genosse Trumpp brachte zum Ausdruck, daß diese Steuer doch wieder die Konsumenten zu tragen haben.

Die Bürgerlichen gegen die Ehrung Oberts.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte einen Antrag auf Neu- oder Umbenennung einer Friedrich-Ebert- Straße eingebracht. Es ist darin gesagt, daß es in Stendal ohne Schwie- rigkeiten möglich ist, einer Straße den Namen Friedrich-Ebert- Straße zu geben zum Andenken an den ersten Reichspräsidenten. Die Baukommission hatte den Antrag einstimmig abgelehnt mit der Begründung, daß es erhebliche Unkosten verursache, wenn Straßen neue Namen bekämen. Der deutschnationale Oberbür- germeister Schüke hatte sich natürlich nicht einmal die Mühe gegeben, einen Ablehnungsgrund zu suchen. Brüstierend schreibt er:

Wir haben Ihren Antrag, der Polizeiverwaltung den Vorschlag zu machen, eine Straße Friedrich-Ebert-Straße zu nennen, abgelehnt und haben keine Veranlassung, Ihr Geuch der Stadtverordneten-Versammlung vorzulegen, müssen es Ihnen vielmehr anheimstellen, ob sie sich unmittelbar an diese wenden wollen.

Dr. Schüke.

Treffend sagte Genosse Müller: Wenn man der Fahn- straße, wo der Oberbürgermeister wohnt, den Namen Friedrich- Ebert-Straße geben würde, dann würde der Oberbürgermeister bestimmt ausziehen. Der Oberbürgermeister meinte, daß sich doch Einwohner in der Stadt an dem Namen stoßen könnten. Also auf die Gegner der Republik und der Sozialdemokratie will das Stadtoberhaupt Rücksicht nehmen, aber nicht auf die Arbeiter- schaft, die sich an der Benennung von Straßen mit höheremoll- ren Generalen stößt. Die bürgerlichen Stadtväter machten mit Dr. Schüke gehorhämte Front gegen die Ehrung Friedrich Oberts. Und wo blieb die Achtung der Demokraten vor der Persön- lichkeit und dem Wirken des ersten Reichspräsidenten? Der sozialdemokratische Antrag wurde niedergestimmt. Stendal bekommt jetzt noch keine Friedrich-Ebert-Straße. Aber einmal wird doch der Namen des ersten Reichspräsidenten an einem Straßen- schild Stendals prangen, dann wird aber von den sogenannten Demokraten im Stadtparlament nichts mehr zu sehen sein, und auch Dr. Schüke wird dann nicht mehr als deutschnationaler Bürgermeister wirken. Diese Zeit wird wirklich nicht mehr allzu- fern sein.

Ueber die Ergänzung des Ortschaftsrats für das Gemein- deamt kam es ebenfalls zu einer scharfen Ausprache. Da beim Gewerbeamt und bei der weiteren Instanz, nämlich bei Spruch- kamern, ein und derselbe Vorsteher fungiert, zweifelte Ge- nosse Trumpp die Unparteilichkeit solcher Gerichte an. Da es sich in der Hauptsache um Arbeiterrechtsachen handelt, wünsche er Abänderung des Statuts. Die erste Abstimmung wurde an- gezweifelt und eine Geschäftsordnungsdebatte entspann sich, in der zum Ausdruck kam, daß Dr. Kamietz als Vorsteher-Stell- vertreter nicht zu gebrauchen ist. Die namentliche Abstimmung ergab mit 15 zu 14 Stimmen die Ablehnung des sozialdemokra- tischen Antrags.

Gehalt oder Auflohn für einen Arbeiter festzusetzen, bedarf einer besondern Anstrengung auf bürgerlicher Seite. Nur nichts zahlen. Genosse Trumpp kritisierte scharf die Praxis bei Fest- setzung des Auflohnes. Der Oberbürgermeister richtet sich

streng nach den Richtlinien des Arbeitgeberverbandes. Da die städtischen Werke nur zum geringen Teil in städtischen Händen sind, könnte Stendal aus dem Arbeitgeberverband aus- scheiden und den Beitrag sparen. Dann könnten Gehalte und Löhne durch Beschluß der Stadtverordneten festgesetzt werden. Aus Angst, die Löhne könnten dann zu hoch werden, stimmten die Bürgerlichen für das Verbleiben der Stadt im Arbeitgeber- verband. Genosse Altmann brachte zum Ausdruck, daß die Ar- beitnehmer die Richtlinien nicht anerkennen.

Stadtv. Mosenhain (Komm.) legte sein Mandat nieder.

Nachdem die Bürgerlichen städtische Betriebswerke in ge- meinschaftliche Betriebsform übergeführt hatten und die Mit- glieder der Gesellschafterversammlung zu wählen waren, schalteten sie die Sozialdemokraten aus der Gesellschafterversammlung da- durch aus, daß sie die Wahl nicht nach dem Verhältniswahlsystem vornahmen. Die sozialdemokratische Fraktion legte beim Regie- rungspräsidenten Beschwerde ein, aber auch der Regierungs- präsident sagte in seinem ablehnenden Bescheid, die in Frage stehende Gesellschafterversammlung sei keine Körperschaft im Sinne der Deputationen und Kommissionen und es sei nicht not- wendig, die Wahl der Mitglieder nach dem Verhältniswahlsystem zu tätigen. Der Minister des Innern hat nun aber der Be- schwerde unserer Fraktion stattgegeben und diesen Bescheid trug der Oberbürgermeister in einer Art vor, die davon zeugte, wie verärgert er darüber ist, daß die Sozialdemokraten recht be- kommen haben. Der Magistrat hat natürlich beschloffen, Klage beim Bezirksauschuß gegen die Entscheidung des Ministers zu erheben, und die bürgerliche Rathausmehrheit stimmte dem auch zu. Warten wir ab, was aus der Sache wird.

Auch diese Angelegenheit ist für die Verhältnisse auf dem Rathaus typisch. Man redet bürgerlicherseits sehr viel und sehr oft vor der Volksgemeinschaft, man macht ein Heimatsfest, ange- geblich zur Förderung der Zusammengehörigkeit aller Volks- schichten, aber in der Wirklichkeit übt man schlimmsten Terror aus, und das Treiben gegen die Sozialdemokraten machen auch die Stendaler Rathausdemokraten freudig mit. Die Stendaler wertaktive Bevölkerung wird bei der nächsten Wahl mit der real- tionären Mehrheit im Rathaus aufkommen. —

Stendal. In unsere Lesert! Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß das Zeitungsgeld täglich einfließt und, also Anfang und Mitte des Monats die Summe von 1 Mark. Dem bisherigen Träger Zeitbad bitten wir kein Geld mehr auszuhandigen. Die Leistungen müssen sorgfältig aufbewahrt werden. Genossen, jorgt mit dafür, daß die Zeitungslieferung klappt. Geht auf ein zuverlässiger Zeitungsträger oder eine austrägerin. Meldungen sowie Neubestellungen können bei jedem Parteifunktionär, im Parteisekretariat und beim Genossen Schlegener, Windelmannstraße 10, erfolgen. — Freitag. Gehängt aufgefunden wurde in seiner Wohnung der Pensionär Klempner Bachmann, Weberstraße 13. Schwermut soll der Grund zur Tat gewesen sein. — Vorjocht. Wegen des zunehmenden Auto-, Motor- und Fahrradverkehrs ist es dringend erforderlich, mehr Vorsicht beim Ueberstreifen der Straßen und Plätze zu gebrauchen. Am Montag nachmittags ist eine Frau kurz vor einem in möglichem Tempo fahrenden Motorradfahrer gestürzt und hat sich dabei erhebliche Verletzungen zugezogen. Vorsicht des Publikums sowie Beachtung der Fahrvorschriften ist also not- wendig. —

Stendal. Der schwarzweißrote Maler. Unser Genosse Müller hatte wie viele andre am Sonntag aus Anlaß des Reichsarbeiterporttags aus seinem Fenster in der zweiten Etage eine schwarzrotdene Fahne herausgehängt. Als das der deutschnationale Hauswirt sah, packte ihn die Wut und er schrieb folgenden Brief und jickte ihn in die Wohnung unzers Genossen: „Stendal, den 14. 6. 25. Herrn R. Müller. Hiermit unterjage ich Ihnen die Befragung meines Hauses bei Nichtinhabung der- selben behalte ich mir weitere Schritte vor. R. Runge, Maler.“ Mit der deutschen Reichsflagge und der deutschen Sprache steht Herr Runge auf Kriegsfuß. Sein Brief hatte keinen Erfolg, die schwarzrotdene Fahne blieb hängen zum Verger des schwarz- weißroten Hauswirts. Auf die „vorbehaltenen Schritte“ des Passers der Reichsflaggen sind wir gespannt. —

Bismark. In gut besuchter Versammlung sprachen am Sonnabend die Genossen Müller und Hallmann aus Stendal über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und die Aufgaben der Arbeiterorganisationen. Es wurde manche gute Anregung gegeben, die hoffentlich auch Beachtung gefunden haben wird. Die Agitation für Gewerkschaft, Partei und Presse muß unablässig betrieben werden. —

Sandau. Stadtverordnetenwahl. Die Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung am 4. Mai war für ungültig erklärt worden. Nun sollte am Sonntag Neubwahl sein. Als der Wahlakt beginnen sollte, stellte man fest, daß die Wahlurteile durcheinander waren. Die Wahl wurde sofort von unsern Ge- nossen beanstandet. Wann nun die Wahl stattfindet, muß ab- gewartet werden. Die Deutschnationalen und die Führung des Landbundes hatten am letzten Tage vor der Wahl einen geradezu ekelhaften Wahlaufruf gegen unsere Partei losgelassen. Unsere Ge- nossen ahnten zwar die übliche schmutzige Kampfweise der Rechten, glaubten aber nicht, daß die Schwarzweißroten solchen Tiefstand erreichen würden, wie er in ihrem Aufruf tatsächlich zutage tritt. Wir wissen ja nun, was gespielt werden sollte, und es wird unsern Genossen sicherlich gelingen, wenn die Wahl statt- findet, die wertaktive Bevölkerung für die Sozialdemokratie an die Wahlurnen zu holen. —

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Die Sorge der Hausfrau

ist die Reinigung feiner, schonungsbedürftiger Gewebe und mollener Sachen, denn oft hat die Wahl hierfür ungeeigneter Mittel oder beliebiger, viel zu scharfer Seifen zu bittern Ent- täuschungen und Verlusten geführt. Als neuartig, zuverlässiges Reinigungs- und Aufweichungsmittel für feine, weisse und baumwollene Stoffe hat sich „Quilla“ bewährt, das in den Drogerien für den geringen Preis von 25 Pfg. erhältlich ist. Quilla schon das Gewebe, verjüdet das Verfilzen des Stoffes und ist äußerst bequem in der Anwendung. Jedes wasch- und farbedichte Stück kann die Hausfrau ohne Bedenken mit Quilla behandeln.

Heute letzter Tag

Magdeburger Lichtspiele

Heute letzter Tag

Kammer
Karina Bell, Emanuel Gregers in
Haß ohne Ende
Lya Mara in
Die Herrin von Mondijou
ein mond. Film voll Sieg., Temper. u. Spirit.
Einbeziehung des Deutlichkeits der Ehrung
oder beim Ref. Inf.-Reat. 68 gefallenen
134 Offiziere und 2472 Unteroffiziere
und Mannschaften.
Die neuste Deulig-Woche.
Beginn 4 Uhr.

Panorama
Harry Piel
Der rätselhafte Klub
Abenteuer eines Vielgesuchten
Amundsen's letzte Nordpolreise (1922)
Die große Ummantelung des Tages.
Die Deulig-Woche.
Beginn 4 Uhr.

Zirkus
Jack Pickford in
Turfund Liebe
Ein Kennstun von Anregungen
und Erannungen.
Fließendes Gold
Eine ergreifende Erzählung von den
gähenden Becken.
Die neuste Deulig-Woche.
Beginn 5 Uhr.

Walhalla
Fridericus Rex
3. Teil: Carlson.
4. Teil: Schickelweide.
Die neuste Scironon-
Auslandswoche
Schüler haben zur ersten Vorhellung Zutritt.
Kassenöffnung 4 1/2 Uhr.

Fili
Der letzte große Prachtfilm
der leider viel zu früh verstorbenen Künstlerin
Eva May
Der geheime Agent
Außerdem zeigen wir:
Der Findling von Neubort
Beginn: Sonntag 4 Uhr.

Voranzeige!

Ab Freitag zeigen wir den großen Ufa-Film

Wege zu Kraft und Schönheit



Ein Film von der Schönheit des nackten Menschen in Neuzeit und Altertum

Künstlerische und wissenschaftliche Beiräte:

Prof. Dr. Artur Kampf — Prof. Fritz Klimsch
Prof. Karl Ebbinghaus — Dr. August Köster

Motto: Die unbefangene Anschauung der menschlichen Nacktheit triumphiert siegreich über das Uebel der dunkeln Triebe.

Bilder von hinreißender Schönheit

Vorverkauf ab heute

Konzertkasse Heinrichshofen
Tageskasse „Fili“ 11—1 Uhr

Beginn der Vorstellungen $\frac{1}{2}5$ $\frac{1}{3}7$ $\frac{1}{2}9$



Sport - Ausstellung

Magdeburger Kampfspiele

im **Hallenbau**

Wilhelm-Kobelt-Straße Straßenbahnlinie 5
Täglich geöffnet von 10 bis 10 Uhr
3 Kegelbahnen 3 Schießstände

Sonderdarbietungen:

Mittwoch: Rheinischer Abend.
Donnerstag: 5 und 8 Uhr Kampfspiel-Film
Freitag: 5 und 8 Uhr Kampfspiel-Film

Bunter Abend

Schul- und Schaufechten der Festriege des S. S.-K. Wasserfreunde, Mitglied des Deutschen Fechterbundes.

Die Stimmungskanonen

Klinckmüller, Kurt Rolf Randel und Mac Baule.

Sonnabend 5 Uhr:

Verlegung des Sommerfestes nach dem Hallenbau.
5 und 8 Uhr: Kampfspiel-Film.

Vogelgefang.

Heute

sowie jeden Donnerstag u. Sonntag

Großes Gartentanzert

Der Rosengarten steht in voller Blüte.

Hinaus ins Grüne!

Die Sehnsucht des Großstädters. Ein Führer durch die Natur-Schönheiten der Magdeburger Umgebung ist

Wer wandern will

26 Ausflüge mit Kartenstücken

Preis 1,00 Mk. Preis 1,00 Mk.

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Münzstraße 3.

Stadtheater

Donnerstag, 18. Juni

Anf. 6 $\frac{1}{2}$, Ende 10 $\frac{1}{2}$ Uhr

1. Abend

Vorlesung

Freitag, 19. Juni

Anf. 7 $\frac{1}{2}$, Ende geg. 10 $\frac{1}{2}$ Uhr

2. Abend

Violetta (La Traviata)

Sonabend, 20. Juni

Anf. 8 Uhr, Ende geg. 10 $\frac{1}{2}$ Uhr

3. Abend

Schicksal Karl Sahn

1001 Nacht

Phantastische Operette von Joh. Strauß.

Rühmmaschinen

edelstos gut nähend.

30, 45, 50, 60, 100 Mk.

neue Maschinen

noch billiger, vert. Güte,

Goldschmiedebau 5, 1.

Bürgergarten

Bäckerstraße 63

Endstation der Straßenbahn 1 und 10

Sonntag den 21. Juni:

Gr. Preisfesten

1. Preis: 1 Herrenfahrrad, und

weitere wertvolle Preise.

Anfang 9 Uhr vormittags.

Es ladet ergebenst ein

Willy Westphal.

ZENTRAL

Täglich 8 Uhr:

Wien, gib acht!

Große Ausstattungs - Revue in 13 Bildern.

Der größte Theater-Erfolg der Saison!

Arbeit - Gesangverein Sbra Sangermünde.

Kriegslied d. Deutsch. Arbeit.-Sängerbundes.

Noch viel zuwenig wird in Arbeiterkreisen die edle Sangeskunst gepflegt. Beim Singen vergißt man die alltäglichen Sorgen und Sorgen, die uns drücken, sie sinken uns fern und entschwinden dem Geiste, wenn der Sänger noch harte Sangesarbeit ein Lied entlassen läßt. Und darum, Arbeiter, schließt euch unsern Reihen, welcher über 100 Sanger zählt, an. Der Monat Juni ist als

Werbemonat

bestimmt. Wer in diesem Monat dem Verein beiträgt, ist von der Zahlung des Eintrittsgeldes entbunden.

Unsere Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 8 Uhr im Vereinslokal 'Zur guten Quelle' (August-Schütz, Lange Fischerstraße) statt.

Kleinkaliber - Schießstand

Magdeburg

Deutschlands besteingericht. Schießstand.

Inh. Waffen-Loesche, Magdeburg

Am Krückenor gegenüber d. Zentraltheater

Haltestelle

Täglich geöffnet von 8 Uhr bis zur Dunkelheit.

Über 100 wertvolle Ehrenpreise u. täglich Tagespreise

Versäumen Sie nicht, dieser unübertroffenen erstklassigen Einrichtung einen Besuch abzustatten. - Vereine haben extra Vergünstigungen.

Waffen - Loesche.

Breiter Weg 267

Günstige Gelegenheit!

Möbel

vorteilhaft einzuf.

Speisezimmer

mit Büffelt. 160 breit,

mit fein. Bildbauerarbeit, Kredenz, 100

breit, 325 Mk.

Speisezimmer

mit Büffelt. 170 breit,

feine Vergütung u. Schnitz., Kredenz, 100

breit, 380 Mk.

Speisezimmer

m. fehr apart. Büffelt,

190 breit, Kredenz,

110 breit, 475 Mk.

Speisezimmer

mit feiner Nußbaum

abgeleigt. Büllungen,

2 m breit, Kredenz

110 cm br., 625 Mk.

Speisezimmer

ganz bei. Gelegen.,

böchaparie Ausföhr

feinste Tischlerarbeit

Büffelt. 2 m br., Kred.

110 breit, 450 Mk.

Speisezimmer

m. 250 br. Büf., Kred.

120 breit, 825 Mk.

5 zurückgefeigte

Speisezimmer

modern, jedoch nicht

so gangb. Kauf. wert.

für jeden annehm.

Preis v. 200 Mk. an

Schlafzimmer

ganz wunderb. Raff.

in all. Holz u. Eilant.

v. 200 bis 1800 Mk.

Besondere

Gelegenheit!

1 Schlafzimm.

zurückerkauft,

n. nicht benutz., f.

die Hälfte

des regulär. Pr.

Herrnzimmer

Böhmischer

Küchen

jest d. bill. Preis.

Möbel-Palast

Breiter Weg 150

Verband nach

alten Orten.

BPS-Auto erht. Marke

umhändeh. 107. 7. nur

2900 Mk. u. d. d. d. d.

Große Münzstraße 1. 11.

Malierarbeiten

und Tapetieren werd.

preiswert ausgeführt.

Offerten unter B 1837

an die Erped. d. Blatt

Haare

kauft zu den

höchsten

Tagespreisen

Albert Sawieger

Zatobstraße 48,

Kathaus-Kolonad.,

D. v. Queride-Str. 50

King. Blumenthalstr.

Die Körperkultur im Film

zeigt das Film-Sonderheft der

Schönheit

Nach dem im „Fili“ ab Freitag laufenden Film

Wege zu Kraft und Schönheit

Viele Bilder dieses Filmes machen das Seff nicht nur dem Kinobesucher wertvoll, sondern es dürfte auch interessant sein für alle Sportfreunde.

Alle Gebiete der Körperkultur, alle Arten des Sports finden in dem Seff Berücksichtigung.

Mk. 1.00 Preis Mk. 1.00

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme.

Puppenwagen

Neueste Preise!

Beyers 1625

Kinderwagenhaus

Alter Markt 13.

Der Tee gegen Stuhlverstopfung, Sämerholballeiden, Fettleibigkeit, Magen- und Leberleiden. Der Frauentee in Wechseljahren ist in der Vollenbung der

Resonante

(gef. gesch.) Preis 1/2 P. 1 Mk., 1/2 P. 1.50 Mk.

In allen Apotheken erhältlich. Versand und Proben durch

Kaiser-Apotheke, Magdeburg-A. N.,

Agnetenstraße 16.

Spargel zum Einmachen

eigene Ernte, Vinud 80 Wieniq.

Neue Neustadt, Umfassungstraße 45.

Ein berufener Vermittler

für alle erdenklichen persönlichen und geschäftlichen Angelegenheiten ist die

Kleine Anzeige in der Volksstimme.

Ihre große Verbreitung in allen Bevölkerungskreisen sichert den „Kleinen Anzeigen“ den gewünschten Erfolg.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Mittstadt.

Todesfälle. 16. Juni Martha geb. Vehl-

auth. Ehefrau des Friseur Walter Naiberg,

46 J. Ledige Luise Wronnann, Wirtshausbesitzerin,

79 J. Regina geb. Schuchardt, Ehefrau des

Arbeiter Alois Stöber, 69 J. Eisenbahnarbeiter

i. St. Karl Beck, 67 J. Verwitw. Arbeiter Emilie

Raumann geb. Sinke, 82 J. Verführerin Marie

Wolterberg, 43 J. Gertraude, Tochter des

Schlossers Gustav Reitze, 3 J.

Magdeburg-Neustadt.

Todesfälle. 17. Juni. Verwitw. Rentier

Luise Offenhammer geb. Dorndorf, 85 J. Martha

geb. Handl, Ehefrau des Arbeiters Rudolf Kolb,

23 J. Josefotte Wöhlbier aus Wiesdorf, 12 J.

Raumann geb. Weber, 55 J. Sändler August

Wörter, 48 J. Karl-Heinz, S. des Schmiedes

Emil Pfeilwich, 1 J. Berta geb. Lehmann,

Ehefrau des Vektors Richard Pfeilwich, 52 J.

Magdeburg-Sudenburg.

Todesfälle. 13. Juni. Kaufmann Wilhelm

Gierke, 69 J. Eva Dein, 1 S. Rentier Karl

Friedric, 70 J. Witwe Amanda Gaurlich geb.

Deine, 55 J.

Magdeburg-Sudenburg.

Todesfälle. 15. Juni. Schriftführerwitwe

Wilhelmine Müller geb. Wabidied, 70 J.

Arbeiterwitwe Friederike Otte geb. Elert, 51 J.

16. Juni. Stütze Frieda Seher, 19 J. Kaufman

Wilhelm Friede, 73 J. Kontrolleur Hermann

Neuquith, 57 J. Arbeiter-Juwelid Albert Ste-

berling, 73 J. Gendarmen-Oberwachmannst. a. D.

Andreas Winkler in Weisleben, 69 J. Kranken-

schweßer Elisabeth Polmey, 29 J.

Nachruf.

Am Montag früh verchied nach kurzem,

schwerem Leiden unsere Schölerin

Lieselotte Wöhlbier.

Wir bedauern mit den Angehörigen

den schweren Verlust

Die Beerdigung findet am Donner-

tag nachmittag 4 Uhr vom Trauerhaus

aus statt.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Wiesdorf.

Vereinsangehörige treffen sich 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

bei Albert Schiele 1651

Allen Verwandten und Bekannten

die traurige Nachricht, daß meine liebe,

unvergeßliche Tochter und Schwester

Lieselotte Wöhlbier

nach kndlichem schwerem Kranklager

am Montag früh im 13. Lebensjahr

sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer

Wwe. Frieda Wöhlbier

geb. Mittelhaus

nebst Angehörigen.

Beerdigung Donnerstag nachmittag

4 Uhr in Wiesdorf vom Trauerhause,

Schulstraße 32 aus.

Deutscher Bauwerksbund

(Bauwerkschaft Magdeburg)

Große Münzstraße 3, III Telefon Nr. 1263

Am Sonntag den 20. Juni veranstaltet die Bau-

gewerkschaft Magdeburg in dem Garten und dem Ballplatz

des „Wildepark“, Göttinger, einen

Konzert-Abend

mit anschließendem Feisball

Das Konzert wird ausgeführt vom Magdeburger

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 17. Juni 1925.

Die Flucht.

Stromherüber weht, die Luft durchwügend. Mit des Wassers Ruch, ein Wind voll Wucht, Daß das Gras, sich eilig überfügend, Hoch die Böschung rennt ein Meer in Flucht.

Drüberhin die Sonne gleißt und flimmert, Daß es deutlich, wenn der Blick verneilt, Wie von hunderttausend Speeren schimmert, Die die Spitze jäh ins Licht gestellt.

Wolken überdunkeln Strom und Meer, Und die Fliehenden hemmen ihren Lauf, Nichten sich, als lenke sie ein Ruder, Horchend, den Befehl erwartend, auf.

Droben hümt's heran von schwarzen Rössen, Bliß auf Bliß vom Himmel niederzuckt, Vor den Regentropfen, schwarzen Wurzgeschossen, Webend sich die Schär zu Boden duckt.

Rasch vorüber tobt das Gewitter, Nun der letzte Donner fern vergrüllt, Geben wieder hoch das Haupt, die Ritter, Drüberhin der Sonne gleißend Gold.

Walter Schent.

Die Eisenbahnwerkstätte Budau.

Dieser Tage ging durch die Presse folgende Meldung über die Aufhebung von Eisenbahnwerkstätten: Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft beabsichtigt, die Werkstätten Berlin 2, Marktgrafenbamm, Berlin, Lehrter Bahnhof, Breslau 4, Erfurt, Witten, Mainz, Guben und Pieschen völlig zu schließen. Die Werkstätten Meißen und Schwerin sollen je weit stillgelegt werden, als nicht einige Anlagen von den vorhandenen Betriebswerkstätten benötigt werden. Ferner hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft in Aussicht genommen, die Werkstätten Arnberg, Breslau 1 und Magdeburg-Budau aufzugeben.

So alarmierend diese Meldung auch sein mag, es ist jedoch über die Hauptwerkstatt Budau zunächst ein Urteil noch nicht gesprochen. Die Meldung ist auch nicht neu. Sie tauchte in ähnlicher Form schon früher auf. Wichtig ist allerdings, daß die Reichsbahn-Gesellschaft zur größeren Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe die Zusammenlegung verschiedener Werkstätten in moderne, neu errichtete Bezirkswerkstätten beabsichtigt. So ist z. B. in Braunschweig die Errichtung einer modernen Großwerkstatt geplant. Doch sind diese Dinge erst im Werden und man kann ihre Entwicklung noch gar nicht absehen. Für die Hauptwerkstatt Budau kommt ferner in Frage, daß sie bisher außerordentlich wirtschaftlich gearbeitet hat. Es sind also noch keine endgültigen Entscheidungen gefallen.

Bannerwettkämpfe der Schuljugend.

Wir berichteten bereits gestern über die Wettkämpfe der Magdeburger Schulen, die in diesem Jahr auf dem Kleinen Tracaueranger ausgetragen wurden. Wir müssen heute noch einiges nachtragen. Die Absicht des Reiches, durch diese Schulwettkämpfe die Jugend schon in den Schulen auf die Notwendigkeit und den Wert der sportlichen Betätigung hinzuweisen, ist gewiß begrüßenswert, wenn man aber Wettkämpfe veranstalten will, dann muß man auch sämtlichen Schulen die gleiche Möglichkeit der Vorbereitung geben. Bei den diesjährigen Wettkämpfen war es offensichtlich, daß die hohen Schulen ganz anders durchtrainierte Kinder in den Wettkampf schickten als die Mittel- und Volksschulen. Auch die technischen Mittel zur Erreichung höherer Leistungen waren durchaus ungleich verteilt. Sie richteten sich naturgemäß nach dem Geldbeutel des Vaters. Man sah die Schüler der Gymnasien in vorzüglicher Sportkleidung, in nicht seltenen Fällen sogar mit Menschchen laufen und springen. Wie ganz anders war das bei den Kindern der Mittel- und Volksschulen? Sportkleidung sah man ganz selten und meist noch höchst mangelhaft. Die Menschchen, die mit ihren Dornen den Lauf bedeutend fördern, wurden von den ärmern Kindern bewundert. Was für die Gymnasialisten ganz selbstverständlich ist, haben die Volksschüler nicht einmal gekannt. Sie liefen in ihren schweren Mantelstiefeln, darüber die Sportkappe und zum Teil mit ihren Straßenschuhen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Volksschüler dabei mit ihren Leistungen in Hintertreffen gerieten. Veranlagung allein tut es nicht! Ohne technische Hilfsmittel kann man heute Höchstleistungen beim Sport nicht mehr erzielen. Es ist darum verständlich, daß die Sieger der Schulwettkämpfe fast ausschließlich höheren Schulen angehören.

Über die Organisation dieses Massenwettkampfes von annähernd 2000 Schülern und Schülerinnen müssen wir auch noch einiges sagen. Es gibt keinen ungeeigneteren Platz zur Austragung solcher Wettkämpfe als den Kleinen Anger. Beim Weitprung mußten die Wettkämpfer fast auf allen Bahnen bergauf und zum Teil über Hügel laufen. Die Ergebnisse waren dann auch danach! Beim 100-Meter-Lauf war es nicht besser. Er wurde ausgetragen auf dem Fußweg der Herrentrugausläufe. Das war völlig unzureichend. Hinzu kommt noch, daß die Mädchen sogar bei ihrer kurzen Strecke von nur 75 Metern einen Bogen laufen mußten. Die Hilfsmittel der Kampfrichter waren völlig unzureichend. Beim Laufen wurde mit dem Taschentuch abgewinkt. Das machte man vor 30 Jahren so. Daß die Teilnehmer natürlich nicht selten überreizt waren, wenn schon wieder Käufer kamen und erst die Zeit abklopfen, als die Käufer schon einige Meter vom Start fort waren, ist nicht weiter verwunderlich. Nehmlich war es teilweise beim Springen. Da wurde mit dem Regenmesser gemessen, ehe schließlich ein Bandmaß zur Stelle war.

Kam wären alle diese Mängel nicht so schlimm und wir würden sie vielleicht gar nicht erwähnt haben, wenn nicht der Kampf nach Punkten ausgetragen worden wäre, wobei es auf jeden Zentimeter ankommt. Wenn man Punktkämpfe austrägt, muß mit peinlicher Genauigkeit verfahren werden, um keinem der Wettkämpfer zu schaden. Und an der notwendigen Genauigkeit haperte es in jeder Beziehung. Warum nahm man zu den Wettkämpfen nicht einen oder zwei Sportplätze der großen Sportvereine? Sie hätten sicherlich in Anbetracht der guten Sache ihre Plätze zur Verfügung gestellt. Warum erbat man sich nicht — wenn die Schulen die Hilfsmittel nicht selbst zur Verfügung haben — von den Sportvereinen Startwörter, Stoppuhren, Messinghölzer für Springen und Werfen, Zielbänder usw.? Die Möglichkeit bestand, die Veranstaltung besser vorzubereiten und auszubauen. Die Möglichkeiten müssen im nächsten Jahr ausgenutzt und angewandt werden.

Als Sieger gingen hervor: Oberstufe Schüler: Sellin (König-Wilhelm-Gymnasium) 115, Griesp (Wismarschule) 112, Fatz (Klosterschule) 110, Schulze (Realschule) 103, Wiehlo und Bangemeister (Klosterschule) 101, Freitag und Saameier (König-Wilhelm-Gymnasium) 100, Sellling (Guerichschule) 98 und Witt (Wismarschule) 95 Punkte.

Mittelstufe Schüler: Waibge (Oberrealschule) 146, Wiedmann (Wismarschule) 132, Forchhammer (König-Wilhelm-Gymnasium) 125, Böttger (König-Wilhelm-Gymnasium) und Wöhlhuth (Realschule) 124, Seins (Oberrealschule) 123, Wille (König-Wilhelm-Gymnasium) 120, Wartner, Wöjmer (König-Wilhelm-Gymnasium) und Brunsawitzki und Steiger (Realschule) je 119 Punkte.

Unterstufe Schüler: Muthig (Guerichschule) 100, Lorenz (Mittelschule Budau) 98, Krause (Domgymnasium) 92, Tittmann (Wilhelmstädter Mittelschule) 88, Hübhorn (Guerichschule) 87, Henkel (Neustädter 1. Mittelschule), Gaebede (Realschule) und Borchsen (Salzter Mittelschule) je 85, Blumenstein (Domgymnasium) 84, Wunderling (Realschule) 83, Drudenbrodt (König-Wilhelm-Gymnasium) 82 Punkte.

Schülerinnen: Silde Paul (Augustaschule) 87, Silde Krieger (Luisenschule) 80, Marianne Suchhoff (Luisenschule) 78, Ilse Südebrandt (Augustaschule) 77, Anneliene Gerlach (Victoriaische) 72, Gisela Wolter, Erta Schulte (Victoriaische) und Elisabeth Kirchmeyer (2. Neustädter Mittelschule) je 71, Melanie Guth (2. Neustädter Mittelschule) und Marianne Brud (Augustaschule) je 68 Punkte.

Den Siegern und Siegerinnen wurden Ehrenkränze mit grünroten Schleifen überreicht.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Fernerleben. Am Freitag abend 8 Uhr Funktionär-Sitzung bei Stiller.

Bezirk Süd. Am Freitag abend um 8 Uhr Funktionär-Sitzung bei Gense.

Achtung, Vertriebsleute! Wir eruchen, die Teilnehmerkarten zum Parteijubiläum abholen zu wollen.

Republikanischer Tag in Halberstadt. Zur Fahrt nach Halberstadt sammelt sich die Kameraden 5 1/2 Uhr Hauptbahnhof (Kölnervorplatz), Abfahrt 6 20 Personenzug. Die Abteilungsleiter müssen rechtzeitig am Sonnabend die Fahrtkarten für Gesellschaftsfahrt lösen. Sonderzug fährt nicht. Der Fahrpreis beträgt für Hin- und Rückfahrt 3,20 Mark.

Arbeiter-Zentralbibliothek Magdeburg, Georgenplatz 10, I. Die Bücherei bleibt jagungsgemäß im Juli geschlossen. Alle entlehnten Bücher müssen spätestens bis zum 27. Juni wieder zurückgebracht sein. Für die bei der Inventur noch ausstehenden Bücher müssen die betreffenden Ausleiher „erzählungs-pflichtig“ gemacht werden. Wiedereröffnung der Bücherei am 30. Juli.

Warnung! Von der Zeitung des Reichsbanners wird uns geschrieben: Wie uns mitgeteilt wird, sammelt auf unsern Namen ein Mann namens Rauchsuh Gelder auf Sammellisten bei Geschäftsleuten. Wir warnen die Geschäftsleute und andre Geber. Rauchsuh hat keinerlei Auftrag.

Kindereunde. Dem Arbeiterverein „Kindereunde“ ist es gelungen, sich für die Gruppe Wilhelmstadt neue Helfer zu sichern und mit diesen in der Wilhelmstadt wieder eine Kindergruppe ins Leben zu rufen. Soll die Gruppe Wilhelmstadt ein Erfolg für die Arbeiterjugend sein, ist es notwendig, daß alle Geworbenen ihre Kinder zu den Kinderfreunden schicken, denn in der Jugend liegt die Zukunft. Die Zusammenkünfte finden regelmäßig Mittwoch und Freitag in der Schule Sedarung 21 in der Zeit von 1 1/2 bis 1 1/2 Uhr statt.

Die ersten grünen Bohnen. Bei den Fleischhändlern zählte man am Mittwoch für Rindfleisch 80 bis 120, für Schweinefleisch 95 bis 130, für Kalbfleisch 100 bis 110 und für Hammelfleisch 70 bis 110 Pf. für das Pfund. Reicher war der Gemüsemarkt besetzt. Es werden verlangt für drei Köpfe Kohlrabi 25 Pf., für die Mandel 1,10 Mark, für das Bund Karotten 25 bis 35 Pf., für das Schwed 1,20 und 1,40 Mark. Namentlich wird angeboten für 30 bis 80 Pf. für den Kopf und Spargel für 30 bis 90 Pf. für das Pfund. Grüne Erbsen kosten das Pfund 20, nur selten noch 25 Pf. Die ersten grünen Bohnen liegen für 40 und 50 Pf. das Pfund aus. Der grüne Salat empfiehlt sich jeder Kopf für 10 oder 15 Pf., große grüne Salatgurken empfehlen sich das Stück zu 15, 55 und mehr Pfennig. Das Pfund Nhabarber kann man für 15, das Pfund grüne Stachelbeeren allgemein für 25 Pf., das Pfund Tomaten für 150 Pf. mitnehmen. Der Preis für ein Pfund Malatariostoff ist jetzt überall 15 Pf. Ein Pfund Sauerkraut kann man für 5, eine neue saure Gurke für 15 bis 20 und ein Pfund neue Pfeffergurken für 50 Pf. kaufen. Für 1 Pfund Landbrote werden zum Preise von 90 Pfennig angebotenen. Die Butter kostet nach wie vor 2 Mark. Landbutter 1,90 Mark das Pfund. Unter 11,5 Pfennig ist kein Ei mehr zu haben. Für ein Pfund weißen Käse werden 40 Pfennig verlangt. Für 2 Eiern ist 0,10 da. Für das Pfund Erdbeeren werden 60, 70, 75, 80, 90 und 100, für das Pfund Kirschen 30, 50, 60 und mehr, für das Pfund Kirschen 120 und für das Pfund Bananen 40, 50, 60 und 80 Pfennig gefordert.

Nennen der Magdeburger Kampfpielewoche. Die Magdeburger Nennen am Sonnabend den 20. und Sonntag den 21. Juni erfahren eine ganz vorzügliche Beschickung. Aus der Berliner Trainingszentrale sind allein 23 Waggons mit 90 Pferden gemeldet. Der Herrenreitertag am Sonnabend hat besonders starken Zuspruch gefunden, doch sind auch am Sonntag städtische Felder zu erwarten. Besonders interessant wird sich am Sonnabend der Preis von Wernigerode, dem größten Herrenreiten über 4000 Meter, gestalten, wozu unsere besten Herrenreiter bereits ihre Zusage gegeben haben. Auch in dem Preise von Althaldensleben sowie in dem Herren-Pfandrennen wird die Besetzung mit den übrigen Nennen des Tages wie dem Preise der Magdeburger Kampfpiele und dem Preise der Sportausstellung Schritt halten. Wertvolle Ehrenpreise stehen für Sieger und Besten und Trainer bereit. Am Sonnabend hat der Magdeburger Nennenverein im Interesse der Kampfpielewoche sämtlichen Trägern des Kampfpiefelabzeichens halbe Eintrittspreise eingeräumt.

Die Sportausstellung der Magdeburger Kampfpiele zeigte am Dienstag einen recht erfreulichen Besuch. Für heute dürfte der Pfennigabend besondere Anziehungskraft ausüben. Auch der Kampfpiefelfilm, der jetzt täglich um 3, 5 und 8 Uhr im großen Saale des Hallenbaues gezeigt wird und sämtliche bis jetzt gebotenen Sportveranstaltungen umfaßt, wird nicht nur für die in Frage kommenden Vereine, sondern auch für alle weiteren Kreise der Bevölkerung großes Interesse haben. Am Freitag ist ein Winterabend vorgesehen. Das ursprünglich am Sonnabend auf dem Herrentrug geplante Sommerfest ist mit Rücksicht auf die unfröhliche Witterungslage nach dem Hallenbau verlegt und wird sämtliche Sportvereine in den weiten Hallen bei Spiel und Tanz bereichern. Auf vielfachen Wunsch sind die Eintrittspreise auf 50 Pfennig, bei Besuch von Vereinen auf 30 Pfennig herabgesetzt.

Güterabfertigung auf Bahnhof Magdeburg Nord. Die Abfertigungsbefugnisse des Bahnhofs 2. Klasse Magdeburg Nord werden mit sofortiger Gültigkeit dahin geändert, daß auch Frachtgüterabfertigungen mit einem Gewicht von weniger als 2000 Kilogramm von einem Abfender an einen Empfänger angenommen werden, sofern der Wagenraum voll ausgenutzt ist oder die Sendungen aus außergewöhnlich langen, breiten oder hohen Gegenständen bestehen. Gebrauchte Packmittel werden bei Frachtgüterabfertigung für mindestens 1000 Kilogramm ebenfalls angenommen. Voraussetzung hierbei ist, daß die Sendungen vom Abfender oder Empfänger nach Vereinbarung mit der Eisenbahn selbst besor- oder entladen werden und dies im Frachtbrief vom Abfender ausdrücklich bestätigt ist.

Werke Wiener Meiter werden im Konzert der Wiener Philharmoniker (das Orchester der Wiener Staatsoper) am Mittwoch den 24. Juni bei dem einzigen Konzert dieses Orchesters

in Magdeburg in den „Nationalfestsaal“ zum Vortrag kommen Generalmusikdirektor Doktor Erich Kleiber, der im vorigen Jahre an die Staatsoper Berlin berufen und durch seine Berufung zur beachtetsten musikalischen Persönlichkeit Deutschlands wurde, wird das Konzert leiten. Kleiber ist geborener Wiener und hat in kurzer aufsteigender Linie bald die höchste Stelle erreicht, die das musikalische Deutschland zu vergeben hat. Ein Jahr seines Wirkens in Berlin hat ihm außerordentliche Erfolge gebracht und zum gefeiertsten Dirigenten Berlins gemacht. Karten sind bei der Konzertkasse Heinrichshofen erhältlich.

Verpachtung des Victoria-Theaters. Das Victoria-Theater soll, nach einem Beschluß des Magistrats, für die Sommerzeit verpachtet werden, doch darf für die Stadt keinerlei Belastung daraus entstehen.

Die Stadt Magdeburg auf der Offener Bauausstellung. Auf Beschluß des Magistrats wird die Bauausstellung in Essen, die von Mitte Juli bis Mitte August stattfindet, vom städtischen Hoch- und Tiefbauamt sowie vom Stadterweiterungsamt befehligt werden.

An die falsche Adresse geraten waren die beiden Kellner Otto Salbach, Kameistraße 12, und Paul Graffegad gen. Vorkmann, Georgenstraße 3. Sie hatten sich in der Nacht zum 14. d. M. in einem Schanklokal am Stadtmarsch einen Hamburger Schiffseigner als Opfer eines Straßenraubes auserdacht, nachdem sie bemerkt hatten, daß dieser einen größeren Posten Geld in einer Westentasche trug. Sie verfolgten ihn auf dem Nachhauseweg. In der Nähe der Zitadelle schlich sich Salbach an ihn heran und es gelang ihm das Geld der Tasche des Schiffers zu entreißen und unmittelbar an seinen Komplizen Graffegad weiter zu geben. Der Schiffser erfaßte jedoch den Räuber, unterzog ihn einer gründlichen „Reinigung“ und übergab ihn zwei hinkommenden Polizeibeamten. Graffegad hatte sich mittlerweile aus dem Staube gemacht, wurde aber ebenfalls bald ergriffen und festgenommen.

Gestohlen. Durch ein offen stehendes Fenster einer Parterrewohnung in der Weidenstraße wurde in der Nacht zum 14. d. M. ein schwarzes Wollkleid, mit weißer Seide garniert und mit schwarzer Treffe besetzt, sowie ein schwarzer Seidentrikot-Unterrock gestohlen. Unter ganz besonderen Umständen ist am 13. d. M. zwischen 1 und 2 Uhr mittags aus dem Vorraum eines Kontors im Hause Am Brüdter 11 ein Damen-Fahrrad „Sicht“, neu bernickelt, gestohlen worden. Hierauf bezügliche Wahrnehmungen erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion.

Unfall. Der Kutscher Adolf S. wurde am Dienstag von einem Pferde so unglücklich gegen das rechte Bein geschlagen, daß er einen Unterschenkelbruch erlitt. Der Verletzte fand Aufnahme im Krankenhaus Altstadt.

Ein Eisenbahnschaffner verunglückt. Am Dienstag früh kurz nach 5 Uhr verunglückte auf dem Bahnhof Südböf ein dienfttuender Schaffner aus Staßfurt. Er verfiel beim Aufspringen auf den schon in Bewegung befindlichen Zug den Handgriff und geriet beim Fallen mit dem linken Fuß unter die Räder des Zuges. Der Zug wurde abgefahren. Das Bahnpersonal leistete die erste Hilfe.

Lebensmüde. Die Stütze Helene L. aus Biederitz sprang am Dienstag von der Strombrücke in die Elbe. Von Schiffen wurde die Lebensmüde sofort dem nassen Element entziffen und dem Krankenhaus Altstadt zugeführt.

Ein Mordversuch in Budau. Wir meldeten gestern, daß in Kalbe a. d. S. die 44 Jahre alte Frau Minna Seif in ihrer Wohnung durch Hammerschläge auf den Kopf derartig verletzt worden sei, daß ihre Heberführung in das Sudenburger Krankenhaus notwendig wurde. Durch Unklarheiten in dem uns zugehenden Manuskript hatte sich ein bedeutender Fehler in diese Meldung eingeschlichen. Es handelt sich um einen Mordversuch an der Frau Weif, die in Budau, Salzstraße 1, ihre Wohnung hatte. Die Tat wurde verübt von dem 70 Jahre alten Arbeiter Richard Neumeier, der bei der Frau als Mieter wohnte und mit ihr, trotz des großen Altersunterschiedes, ein Verhältnis unterhielt. Neumeier sorgte für den Unterhalt der Frau aus seinen Einkünften. In den letzten Wochen gab es jedoch verschiedentlich Auseinandersetzungen zwischen den beiden, die wohl darauf zurückzuführen waren, daß die Frau ihr Verhältnis zu Neumeier lösen wollte. Nachdem dieser in der Nacht zum Montag die Tat verübt hatte, ist er verschwunden. Man fand ihn im Biederitzer Busch erhängt auf. Neumeier hat sich damit selbst gerichtet. — In dem Aufkommen der durch die zehn Hammerschläge am Kopfe schwerverletzten Frau Weif wird gezweifelt.

Achtung, Bauarbeiter. Von der Baugewerkschaft Magdeburg wird uns geschrieben: Ein Bauunternehmer überließ Sortie in der Unternehmer Wilhelm Meier, Fichtestraße 44. Sobald ein Bauauftrag fertig ist, bekommen für die letzte Woche die Bauarbeiter keinen Lohn. Ein alter Kollege kann trotz Gewerbegerichtsurteil sein Geld nicht erhalten, obwohl der Auftraggeber versichert, den Lohn gezahlt zu haben. Ein anderer Kollege hält sich schadlos an der Müstung, als er seinen Wochenlohn nicht erhält. Meier geht zum Staatsanwalt und zwingt den Mann wegen Diebstahls an. Bei der Lohnfrage wird Meier verurteilt, der Gerichtsvollzieher teilt mit, die Pfändung ist fruchtlos ausgefallen. Am Sonnabend standen wieder fünf Kollegen nach schwerer Arbeit ohne Geld. Für alle Wochen waren keine Kubalidenmarken geliebt, aber vom Lohne wurde der Betrag zurückbehalten, mit der Krankenkasse steht es ebenso. Gegen diesen Unternehmer bleiben alle Klagen erfolglos. Hier gibt es nur eins: meidet solche Arbeitsstelle. Wir warnen die Bauarbeiter, bei diesem Strohmann in Arbeit zu treten. Aber auch die Bauauftraggeber müssen gegen solche Unternehmer vorsichtig sein. Wer solchen traurigen Existenz Aufträge erteilt und sich nicht sichert, kann damit rechnen, den Auftrag zweimal zu bezahlen.

Vom Streife der Tabakarbeiter. In der am 16. Juni abgehaltenen Versammlung gab Kollege Ludwig die Abmachungen, die auf dem Rathaus gefaßt wurden, der Versammlung zur Kenntnis. Magistratsrat Böhm hat sich alle Mühe gegeben, die Parteien einander näherzubringen, aber ohne Resultat. Es ist bedauerlich, daß die Fabrikanten die minimale und gerechte Forderung nicht bewilligen wollen. Daß es wirtschaftlich tragbar ist, beweist, daß drei hiesige Fabrikanten die Forderung anerkennen haben und bereits bezahlen. Es liegt also am bösen Willen des Herrn Klees, der immer wieder jede Verhandlung zum Scheitern bringt durch sein starres Festhalten an den tariflichen Vereinbarungen.

Metallarbeiter. Die Verhandlungen für die mitteldeutsche Metallindustrie fanden am 16. Juni vor dem Schlichtungsausschuß statt. Nach dreifündigen Vorverhandlungen und vierfündigen Verhandlungen des Schlichtungsausschusses selbst wurde der Beschluß gefaßt, die Verhandlungen auf Dienstag den 23. Juni, vormittags 10 Uhr, zu vertagen.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Heinrichshofen. Ausstellung „Der Geschäftliche Kreis“. Graphit von Max Klingner, Otto Greiner, Richard Müller, Bruno Streng und Otto St. — Die billigste Sommerfrische bilden die Licht-, Luft- und Sonnenbäder des Naturheilvereins Vriesen-Neudorf in Magdeburg-Wilhelmstadt, Doltstraße 2. Geöffnet von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Verzehrspreis monatlich 50 Pfennig bei Lieferung des „Naturarates“. Badekarte für Mitglieder 3 Mark, dafür können alle Familienmitglieder das ganze Jahr hin- und her fahren. Ein Bademeister sorgt für Ordnung und Sauberkeit in den vier Bade-Abteilungen. Brausebäder und Saunabäder vorhanden.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Kopfläufe samt Brut vernichtet Coselt. Hof-Apothek, Breiter Weg 158.

